

Sachverständigengutachten gemäß § 29 PUAG

für den 1. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode, Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB (Vorsitzender)

von Prof. Dr. Stephan Bierling, Professur für Internationale Politik, Universität Regensburg

zum Thema

“Eingehende Darstellung der parlamentarischen, öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte in Australien zu den Fragen der Tätigkeit der eigenen Nachrichtendienste, deren parlamentarischer Kontrolle und des Schutzes der Privatheit seit den Enthüllungen von Edward Snowden, einschließlich Zusammenstellung wesentlicher Dokumente, Erklärungen und sonstiger Veröffentlichungen von Regierung, Parlament, NGOs oder anderen Akteuren in diesem Bereich.”

Fertigstellung: 15. Juni 2015

Zusammenfassung der Ergebnisse:

Australien gehört mit den USA, Großbritannien, Kanada und Neuseeland zur Nachrichtendienst-Allianz „Five Eyes“ (FVEY). Im Zweiten Weltkrieg entstanden, ist sie die umfassendste bekannte Spionagekooperation der Geschichte. Die Snowden-Enthüllungen haben deshalb für Australien besondere Brisanz, treffen dort allerdings nur auf geringes Interesse und noch geringere Unterstützung.

Trotz der hohen medialen Aufmerksamkeit der Snowden-Enthüllungen betonten sowohl Premierminister Kevin Rudd (Labor, bis September 2013) als auch sein Nachfolger Tony Abbott (Liberal Party/in Koalition mit der National Party) ihre Politik des ‚no comment on intelligence matters‘. Davon abgesehen seien die Abhöraktivitäten der Vergangenheit stets rechtskonform gewesen. Die Sicherheit der australischen Bürger, aber auch die der Alliierten, so die Regierung, legitimiere den Informationsaustausch mit den Five Eyes-Partnern. Die Regierung spricht sich weiterhin für die enge Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Five Eyes-Partner aus, insbesondere mit denen der USA. In der Abhör-Affäre um den indonesischen Präsidenten Yudhoyono hielt Abbott eine Entschuldigung für unnötig.

Im Parlament unterstützten die Abgeordneten der Labor Party und der Liberal Party/National Party den Kurs ihrer jeweiligen Premierminister. Beide Parteien sind gegen die Veröffentlichung von geheimen Dokumenten, Snowden ist für sie kein Held, sondern eine Gefahr für die nationale Sicherheit Australiens. Oppositionsführer Bill Shorten (Labor, seit September 2013) trägt die Linie der Regierung in Geheimdienstangelegenheiten in allen wesentlichen Fragen mit. Die Grünen sind die einzige Partei, die Regierung, Parlament und Geheimdiensten Versäumnisse vorwirft und Aufklärung und mehr Transparenz verlangt.

Aber die Debatte darüber wird seit Herbst 2014 von anderen Themen in den Hintergrund gedrängt: dem Aufkommen des Islamischen Staats und der Frage, was mit zurückkehrenden australischen Kämpfern geschehen soll, der Verhaftung von Männern in Sydney, Brisbane und Melbourne wegen Terrorismusverdachts, der Geiselnahme eines fanatischen muslimischen Einzeltäters in Sydney am 15. und 16. Dezember 2014 mit zwei Toten und den Anschlägen auf Charlie Hebdo in Paris am 7. Januar 2015. Ein Ende 2014 verabschiedetes Anti-Terror-Gesetz sieht vor, dass Bürger, darunter auch Journalisten und Whistleblower, die Details über Geheimdienstoperationen veröffentlichen, bis zu zehn Jahre ins Gefängnis kommen können. Ein weiteres Anti-Terror-Gesetz, das im Frühjahr

2015 verabschiedet wurde, erlaubt den Geheimdiensten die Vorratsdatenspeicherung und ermöglicht die Aberkennung beziehungsweise Einschränkung von Bürgerrechten für Terrorverdächtige. Die Regierungskoalition und die oppositionelle Labor Party unterstützten diese Maßnahmen, die Grünen und einige unabhängige Abgeordnete waren dagegen.

Die Medien, allen voran die Qualitätszeitung „Sydney Morning Herald“, berichteten ausführlich über Snowdens Informationen und die Arbeit der Geheimdienste. In den Kommentaren kritisierten viele Journalisten insbesondere, dass australische und amerikanische Dienste den indonesischen Präsidenten und seinen Führungszirkel 2009 ausspionierten. Die Öffentlichkeit gab sich von den Enthüllungen hingegen weitgehend unbeeindruckt. Mitte 2014 hielten es 70 Prozent der Australier für „akzeptabel“, dass die Regierung Länder ausspäht, mit denen Australien keine guten Beziehungen hat. 50 Prozent akzeptierten dies sogar für Länder, zu denen Canberra gute Beziehungen hat. 62 Prozent der Australier hielten das Ausspähen von Indonesien für akzeptabel.

Insgesamt beschädigten die Snowden-Enthüllungen das Ansehen der australischen Geheimdienste kaum. Nur wenige NGOs oder INGOs protestierten gegen die Spionagepolitik der Regierung und die neuen Anti-Terror-Gesetze. Die Gruppe „Citizens Not Suspects“ etwa verurteilte die Regierungspläne zur Vorratsdatenspeicherung und wollte mit einer Petition den entsprechenden Gesetzentwurf „Telecommunications (Interception and Access) Amendment“ abschwächen. Das internationale „Committee to Protect Journalists“ kritisierte, dass es bei den neuen zehnjährigen Haftstrafen für Geheimnisverrat keine Ausnahme für Journalisten gibt. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Snowden-Enthüllungen, der australischen Spionagepolitik und der neuen Sicherheits- und Anti-Terror-Gesetze fand bisher nur ansatzweise statt.

Inhaltsverzeichnis:

0. Zusammenfassung der Ergebnisse	2
1. Hintergrund	5
2. Regierung	9
3. Parlament	12
4. Medien	16
5. Öffentlichkeit	19
6. NGOs und INGOs	21
7. Wissenschaft	22
8. Verzeichnis der Quellen und Sekundärliteratur	23
9. Dokumente	24

Dank:

Bei der Recherche unterstützten mich meine Mitarbeiterin Anna Müller B.A., Angehörige des Stabs des *Parliamentary Joint Committee on Intelligence and Security* des australischen Parlaments sowie Dr. Dianne Heriot, die Leiterin der Parlamentsbibliothek in Canberra.

Biographie:

Dr. Stephan Bierling ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg. Seine Hauptforschungsgebiete sind die transatlantischen Beziehungen, die amerikanische Innen- und Außenpolitik und die deutsche Außenpolitik. Er nahm Gastprofessuren an renommierten Universitäten in den USA, Südafrika, Israel und Australien wahr. Bierling veröffentlichte mehr als vier Dutzend Aufsätze und zehn Monographien. Zuletzt erschien von ihm *Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung* (C.H. Beck 2014). Bierling kommentiert die internationale Politik in Zeitungen (u.a. SZ, FAZ, NZZ) sowie im Radio und im Fernsehen. 2013 wurde er in einem bundesweiten Wettbewerb der Zeitschrift UNICUM zum „Professor des Jahres“ im Bereich Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften gewählt.

1. Hintergrund

Australien ist traditionell ein enger Verbündeter Großbritanniens, der USA, Kanadas und Neuseelands. Im Ersten und im Zweiten Weltkrieg kämpften diese Staaten gemeinsam gegen die Aggressoren in Europa und Asien. Australische Truppen unterstützten die USA im UN-mandatierten Koreakrieg und im Vietnamkrieg. Im Irakkrieg 1991, im Afghanistankrieg 2001 bis 2014 und im Irakkrieg 2003 bis 2011 war Australien Teil der von den USA geführten Koalitionen. Die USA hingegen verteidigten Australien im Zweiten Weltkrieg gegen japanische Angriffe und sind bis heute wichtigster Sicherheitsgarant des Landes. Diese enge Sicherheitspartnerschaft mit Washington drückt sich auch in der Tatsache aus, dass die USA ihre Militärpräsenz in Darwin (Northern Territory) bis 2017 auf bis zu 2500 US-Marineinfanteristen ausbauen werden. Für Australien stellt dies eine wichtige Rückversicherung in einer volatilen Weltregion dar, in der es keine multilateralen Sicherheitsorganisationen gibt. Auf der asiatischen Seite des Pazifischen Beckens bereitet der Aufstieg Chinas Sorgen, vor allem seine Ansprüche im ost- und südchinesischen Meer. Die in Australien amtierende konservative Koalition betont immer wieder die zentrale Rolle der USA als stabilisierende Kraft in Nordost- und Südostasien und die große Bedeutung der amerikanisch-australischen Kooperation.

Die geheimdienstliche Zusammenarbeit Australiens mit den USA, Großbritannien, Kanada und Neuseeland reicht ebenfalls in die Tage des Zweiten Weltkriegs zurück. Sie ist formalisiert im multilateralen *UKUSA Agreement* von 1946, besser bekannt unter dem Namen „Five Eyes“. Der Begriff „Five Eyes“ bezieht sich auf die Zahl der Teilnehmer an dem Abkommen und ein hohes geheimdienstliches Klassifizierungsniveau „(For your) Eyes Only“. Derart eingestufte Informationen werden nicht an außenstehende Regierungen, Ausländer oder internationale Organisationen weitergegeben. Australiens formaler Status als ein mit den USA und Großbritannien „zusammenarbeitendes Commonwealth-Land“ wurde im Jahr 1955 festgeschrieben. Die Five Eyes tauschen nachrichtendienstliche Informationen aus und spionieren sich nicht gegenseitig aus. Nach den Terrorattacken von 9/11 bauten die fünf Länder ihre elektronischen Überwachungsinstrumente stark aus und vertieften ihre Kooperation. Australien ist dabei insbesondere für das Abfangen und Speichern elektronischer Daten in Südasien zuständig.

Australien hat sechs Geheimdienste: 1) das *Office of National Assessments (ONA)*, das die Auslandsspionage koordiniert und internationale politische, militärische und wirtschaftliche Entwick-

lungen für den Premierminister und die Mitglieder des Nationalen *Sicherheitsausschusses* des Kabinetts analysiert; 2) die *Australian Security Intelligence Organization* (ASIO), die Informationen innerhalb Australiens sammelt, um die Regierung vor Sicherheitsbedrohungen zu warnen; 3) den *Australian Secret Intelligence Service* (ASIS), der Informationen über Fähigkeiten, Absichten und Aktivitäten von Personen oder Organisationen außerhalb des Landes sammelt und Spionageabwehr betreibt; 4) das *Australian Signals Directorate* (ASD), bis 2013 *Defence Signals Directorate* (DSD), das elektronische Nachrichten sammelt und analysiert und sich um die Sicherheit elektronischer Kommunikation kümmert; 5) die *Defence Imagery and Geospatial Organization* (DIGO), die raumbezogene und bildliche Informationen im Ausland sammelt und auswertet; und 6) die *Defence Intelligence Organisation* (DIA), die den Entscheidungsprozess der Regierung und der Streitkräfte in Fragen von Massenvernichtungswaffen, ausländischen Militärkapazitäten, transnationalem Terrorismus und Verteidigungsoperationen nachrichtendienstlich unterstützt.

Vor allem die Kompetenzen des Inlandsgeheimdienstes ASIO wurden seit den islamistischen Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001, bei denen 11 Australier starben, auf Bali am 12. Oktober 2002, bei dem auch 88 australische Staatsbürger ums Leben kamen, und in London am 7. Juli 2005 massiv ausgeweitet. ASIO kann unter bestimmten Umständen Pässe einziehen, Computer und Computernetze ausspähen, die Kommunikation von verdächtigen Personen sowie von Personen überwachen, die mit einem Verdächtigen Kontakt haben, und Personen festsetzen, die Informationen über einen terroristischen Anschlag haben könnten. Diese Vollmachten gehen deutlich über diejenigen von Geheimdiensten vergleichbarer Länder wie der USA, Kanadas oder Großbritanniens hinaus. Die Reformempfehlungen des Unabhängigen Beobachters der Geheimdienste (Independent Monitor, von 2011 bis 2014 Bret Walker, seither Roger Gyles) und zweier Kommissionen zur Überprüfung der Arbeit der Dienste wurden von den jeweiligen Regierungen nicht aufgenommen. In seinem letzten Bericht kritisierte Walker Anfang 2014: „Wenn auf Empfehlungen, mit denen die Kompetenzen und Befugnisse zur Terrorismusbekämpfung ausgebaut würden, offenbar nicht reagiert wird, könnten gewisse Zweifel an der politischen Notwendigkeit noch so wirksamer und zweckmäßiger Antiterrorgesetze aufkommen.“¹

¹ Independent National Security Monitor Annual Report 2014, 28.3.2014, 2. <http://www.dpmc.gov.au/pmc/publication/independent-national-security-legislation-monitor-annual-report-2014> (6.5.2015)

Die vom NSA-Mitarbeiter Edward Snowden gestohlenen und internationalen Medienvertretern übergebenen Dokumente belegen, dass die Five Eyes mehrere elektronische Überwachungsprogramme gemeinsam betreiben, darunter PRISM, XKeyscore, Tempora, MUSCULAR und STATEROOM. Bei PRISM, XKeyscore und STATEROOM arbeiteten der amerikanische Aufklärungsdienst National Security Agency (NSA) und das australische ASD eng zusammen. Die meisten der Snowden-Dokumente waren als „FVEY“ gekennzeichnet, durften also nur an die vier engsten Geheimdienstpartner der USA weitergegeben werden. Amerikanische und australische Nachrichtendienste unterhalten sogar eine gemeinsame Einrichtung für Aufklärungs- und Überwachungssatelliten mit dem Namen „Pine Gap“ bei Alice Springs in Zentralaustralien.² Laut einem Dokument aus dem Jahr 2006, das sich in den Snowden-Dokumenten fand, entwickelten die NSA und das ASD ein Programm, das dazu diente, über den „Zugang zu Computernetzwerken kryptografische Information und Material zu beschaffen“.³

Diese geheimdienstliche Zusammenarbeit wurde von konservativen Regierungen (John Howard/Liberal Party/1996-2007; Tony Abbott/Liberal Party/2013-) ebenso betrieben wie von sozialdemokratischen (Kevin Rudd/Labor Party/2007-2010 und 2013; Julia Gillard/Labor Party/2010-2013). Premierministerin Gillard verurteilte im November 2010 scharf die Veröffentlichung geheimer amerikanischer Dokumente auf der vom Australier Julian Assange gegründeten Internetplattform Wikileaks als „unverantwortlich und illegal“.⁴ Eine Untersuchung der Bundespolizei konnte aber keinen Rechtsverstoß von Wikileaks feststellen. Als die ersten Snowden-Enthüllungen im Juni 2013 publik wurden, übergab Premierministerin Gillard das Amt nach ihrer Niederlage in einem internen Machtkampf am 27. Juni 2013 gerade an ihren Vorgänger Kevin Rudd. Seit dem 18. September 2013 regiert Tony Abbott in einer Koalition seiner Liberalen Partei mit drei kleineren Parteien. Die Koalition verfügt im Repräsentantenhaus über 90 der 150 Sitze (Labor: 55, Grüne: 1, andere: 4), im Senat über 33 der 76 Sitze (Labor: 25, Grüne: 10, andere: 8).

² Philip Dorling: Australian outback station at forefront of US spying arsenal, Sydney Morning Herald, 26.7.2013. <http://www.smh.com.au/it-pro/security-it/australian-outback-station-at-forefront-of-us-spying-arsenal-20130726-hv10h.html> (10.4.2015)

³ „Australien als bester Spionagefreund der USA“, Der Standard, 14.10.2014, 5.

⁴ Zit. in „Wikileaks acting illegally, says Gillard“, Sydney Morning Herald, 2.12.2010. <http://www.smh.com.au/technology/news/wikileaks-acting-illegally-says-gillard-20101202-18hb9.html> (10.4.2015)

Insgesamt befanden sich im Snowden-Material zwischen 15.000 und 20.000 Dokumente australischer Geheimdienste. Sie stammten zum Großteil vom ASD und konzentrierten sich auf die asiatisch-pazifische Region. Die für Australien heikelsten Enthüllungen aus dem Snowden-Material betrafen das Spionageprogramm gegen Indonesien. Im November 2013 veröffentlichten *The Guardian Australia* und die *Australian Broadcasting Corporation (ABC)* Belege dafür, dass das ASD 2009 versucht habe, die Mobiltelefone des indonesischen Präsidenten Ibu Ani Yudhoyono, seiner Frau und weiterer acht Mitglieder seines inneren Kreises während einiger Tage abzuhören. Auch habe sich das ASD 2007 zusammen mit der NSA während der Uno-Klimakonferenz in Bali 2007 bemüht, Telefonnummern indonesischer Sicherheitskräfte zu sammeln. Diese Enthüllungen führten zu einer deutlichen Abkühlung des Verhältnisses zu Indonesien, einem wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner Australiens. Jakarta berief seinen Botschafter aus Australien zurück, Malaysia bestellte den australischen Botschafter ins Außenministerium ein. Präsident Yudhoyono setzte die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, beim Kampf gegen Menschenschlepper und beim Austausch von Geheimdienstinformationen aus und forderte ein neues Verhaltensprotokoll.⁵ Nur langsam erholten sich die Beziehungen wieder.

Im Dezember 2013 berichtete *The Guardian*, das ASD habe bei einem Treffen mit Vertretern der NSA im Jahr 2008 angedeutet, Metadaten an die Partner-Geheimdienste weiterzugeben, selbst wenn australische Bürger betroffen seien.⁶ Allerdings stellte sich heraus, dass dies dem ASD nur dann möglich schien, wenn Daten eines australischen Bürgers im Ausland unabsichtlich abgefischt würden, und wenn ein Bürger ein unabsichtliches Ziel von Überwachung werde („solange nicht gezielt australische Staatsbürger überwacht werden sollen“).⁷ Im Mai 2014 veröffentlichte Glenn Greenwald, einer der drei Journalisten, denen Snowden die gestohlenen Geheimdienst Dokumente übergeben hatte, in seinem Buch *No Place to Hide: Edward Snowden, the NSA, and the*

⁵ Vgl. Cameron Stewart/Paul Maley: Edward Snowden stole up to 20,000 Aussie files, *The Australian*, 5.12.2013. <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/foreign-affairs/edward-snowden-stole-up-to-20000-aussie-files/story-fn59nm2j-1226775491490> (27.4.2015)

⁶ Zit. bei Ewen MacAskill/James Ball/Katharine Murphy: Revealed: Australian spy agency offered to share data about ordinary citizens, *The Guardian*, 2.12.2013. <http://www.theguardian.com/world/2013/dec/02/revealed-australian-spy-agency-offered-to-share-data-about-ordinary-citizens> (10.4.2015)

⁷ Zit. bei Christopher Joye: Did The Guardian get its latest spy story wrong?, *Financial Review*, 2.12.2013. <http://www.afr.com/news/politics/national/did-the-guardian-get-its-latest-spy-story-wrong-20131202-ij8mb> (5.4.2015)

U.S. Surveillance State ein weiteres für Australien relevantes Dokument. In ihm bat der amtierende Stellvertretende Direktor des ASD die amerikanische NSA am 21. Februar 2011 um eine Verlängerung und Verschärfung der Überwachung der Kommunikation australischer Staatsbürger, die in Verbindung mit der Terrororganisation *Al Qaeda in the Arabian Peninsula (AQAP)* stehen: „Wir würden es sehr begrüßen, wenn wir diese Partnerschaft mit der NSA ausbauen könnten, um auch die immer größere Zahl von Australiern zu erfassen, die in internationale extremistische Aktivitäten verwickelt sind – insbesondere von Australiern, die mit AQAP in Verbindung stehen.“⁸ Am 4. März 2015 kam heraus, dass sich das ASD zusammen mit Neuseelands *Government Communications Security Bureau (GCSB)* Zugang zu den Telefonnetzen Indonesiens und einiger kleiner Inselnationen im Pazifik verschafft hatte.⁹

2. Regierung

Die Regierung Rudd lehnte es mit Hinweis auf die bisherige Praxis ab, zu Geheimdienstangelegenheiten Stellung zu beziehen. Die Nachfolgeregierung Abbott behielt dies bei und betonte wiederholt, alle australischen Geheimdienste arbeiteten gemäß den Gesetzen, zu den Aktivitäten der Dienste werde sie sich nicht äußern.¹⁰ Als die Snowden-Dokumente die Abhöraktionen gegen Indonesien ans Licht brachten, lehnte Abbott im Parlament eine Entschuldigung dafür ab: „Von Australien sollte nicht erwartet werden, dass es sich für jetzige oder in der Vergangenheit unternommene Schritte zum Schutz unseres Landes entschuldigt.“ Auch solle man von Australien nicht erwarten, „ausführlich zu erläutern, was wir zum Schutz unseres Landes unternehmen“. Abbott versicherte weiter: „Alle unsere Ressourcen, einschließlich von Informationen“, seien genutzt worden, „um unseren Freunden und Verbündeten zu helfen und nicht um ihnen zu schaden.“¹¹

⁸ Zit. in Glenn Greenwald: *No Place to Hide: Edward Snowden, the NSA, and the U.S. Surveillance State*, New York 2014, 122. Siehe auch „Leaked Snowden documents reveal details of Australia’s bid for NSA help to spy on citizens“, ABC News, 15.5.2014. <http://www.abc.net.au/news/2014-05-14/documents-reveal-new-details-in-australias-bid-for-nsa-spy-help/5453764> (27.4.2015)

⁹ Vgl. Reissa Su: *New Snowden Leaks Reveal Australia And New Zealand Spying On Indonesia, Pacific Island Nations*, International Business Times (Au Edition), 5.3.2015. <http://au.ibtimes.com/new-snowden-leaks-reveal-australia-new-zealand-spying-indonesia-pacific-island-nations-1426962> (8.4.2015)

¹⁰ Prime Minister Tony Abbott, Joint Doorstop Interview, Melbourne, 31.10.2013. <https://www.pm.gov.au/media/2013-10-31/joint-doorstop-interview-melbourne> (11.4.2015)

¹¹ Zit. in „Tony Abbott refuses to apologise for Indonesian spying program“, Sydney Morning Herald, 19.11.2013. <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/tony-abbott-refuses-to-apologise-for-indonesian-spying-program-20131119-2xsn4.html> (10.4.2015)

In einem Interview im Januar 2014 bezeichnete Abbott Snowden als „Verräter“.¹² Außenministerin Julie Bishop warf Snowden in einer Rede in Washington, D.C. ebenfalls „schamlosen Betrug seiner Nation“ vor: „Im Juni wurde unsere unverzichtbare nachrichtendienstliche Tätigkeit durch die Aktionen eines Edward Snowden, der seine Nation weiterhin schamlos betrügt, während er sich in Russland versteckt hält, vor eine neue gravierende Herausforderung gestellt. Dies stellt einen nie dagewesenen Verrat dar – er ist kein Held. Snowden behauptet, dass seine Aktionen von einem Wunsch nach Transparenz geleitet gewesen seien, doch in Wirklichkeit sind sie ein herber Schlag gegen die weltpolitische Zusammenarbeit jener Nationen, die beim Schutz menschlicher Freiheiten eine Führungsrolle einnehmen. Es war ein Versuch, das Vertrauen zwischen denjenigen zu zerstören, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und ihren Einfluss beim Erhalt von Frieden und Freiheit weltweit am stärksten unterstützen und am ehesten Verständnis dafür aufbringen – darunter auch Australien.“¹³ Bishop betonte, die Zusammenarbeit der Geheimdienste sei eines der zentralen Elemente der australisch-amerikanischen Allianz im 21. Jahrhundert.¹⁴ Justizminister und Generalstaatsanwalt George Brandis war die Speerspitze der Regierung in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Snowden-Enthüllungen. Am 4. Dezember 2013 verurteilte er die Veröffentlichung der Geheimdokumente als schlimmsten Schlag für die westlichen Geheimdienste seit 1945: „Die Enthüllungen von Snowden sind der schwerste Rückschlag für die westlichen Geheimdienste seit dem Zweiten Weltkrieg, und angesichts dessen, dass ein Großteil des Know-hows und der Strukturen bei der Erkenntnisgewinnung des Westens seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, könnte man ohne Übertreibung sagen, dass sie den schwersten Rückschlag darstellen, den es je gegeben hat. Er ist aufgrund seines Ausmaßes schwerwiegender als WikiLeaks und schwerwiegender als (die britischen Spione im Kalten Krieg Kim) Philby, (Guy) Burgess und (Donald) Maclean. Das Ausmaß ist gewaltig – wir reden hier über eine riesige Zahl von Akten, die Snowden frei zugänglich gemacht hat.“¹⁵ Brandis betonte aber auch, die legislative und

¹² „Prime Minister Tony Abbott in Interview with Ray Hadley“, 29.1.2014. <http://www.pm.gov.au/media/2014-01-29/interview-ray-hadley-2gb-sydney> (10.4.2015)

¹³ Speech, Minister for Foreign Affairs, Julie Bishop MP, US-Australia: The Alliance in an Emerging Asia, Washington DC, 22.1.2014. http://csis.org/files/attachments/140123_FMBishop_Alliance21Speech.pdf (10.4.2015)

¹⁴ Vgl. Lisa Miller: Julie Bishop says intelligence gathering with US is vital, accuses Edward Snowden of treachery, 22.1.2014. <http://www.abc.net.au/news/2014-01-23/bishop-says-us-australia-intelligence-vital2c-accuses-snowden-5214282> (27.4.2015)

¹⁵ Zit. bei Cameron Stewart/Paul Maley: Edward Snowden stole up to 20,000 Aussie files, The Australian, 5.12.2013. <http://www.theaustralian.com.au/national-affairs/foreign-affairs/edward-snowden-stole-up-to-20000-aussie-files/story-fn59nm2j-1226775491490> (27.4.2015)

exekutive Kontrolle der Geheimdienste sei stark, im Parlament durch das *Joint Parliamentary Committee on Intelligence and Security* und das *Senate Select Committee on Defence and Foreign Affairs* sowie durch den *Inspector General of Intelligence and Security* auf Seite der Regierung.¹⁶ Einen Senator der Grünen, Scott Ludlam, bezichtigte Brandis wenig später der Sympathie für einen Verräter. Ludlam hatte in einem Meinungsbeitrag für *The Guardian Australia* am 14. Februar 2014 die Ausweitung der elektronischen Überwachung in Australien beklagt und eine vertiefte Debatte des Problems eingefordert.¹⁷ Brandis antwortete darauf im Parlament: „Senator Ludlam, Sie feiern hier einen Mann als Helden, der durch seine kriminelle Unredlichkeit und den Verrat an seinem Land Menschenleben, darunter auch von Australiern, aufs Spiel gesetzt hat. Ich frage mich, wie Sie erhabenen Hauptes in diesem Parlament sitzen können, wenn Sie einen Mann feiern, der durch kriminelles Verhalten und Verrat das Leben von Australiern aufs Spiel gesetzt hat.“¹⁸ In einer Rede vor dem *Center for Strategic and International Studies* in Washington, DC im April 2014 ging Brandis noch einen Schritt weiter: Alle, die bezweifelten, dass Snowden ein Verräter sei, gehörten entweder zur „sich selbst-hassenden Linken“ oder zur „anarcho-libertären Rechten“.¹⁹ Weiter sagte Brandis: „Ich weiß, dass manche Leute naiv behaupten, Snowden sei ein Whistleblower. Diese Behauptung ist grundfalsch. Wie der leitende Redakteur des *Economist*, Edward Lucas, in seinem kürzlich erschienenen Buch *Die Snowden-Operation* darlegt, erfüllt Snowden keines der für einen Whistleblower geltenden Kriterien. Nach einer weithin anerkannten Liste von Merkmalen, die vom Princeton-Professor Rahul Sagar in seinem Buch *Secrets and Lies* entwickelt wurde, existieren drei Hauptkriterien, um als Whistleblower zu gelten. Erstens muss ein Whistleblower klare und überzeugende Beweise für einen Missbrauch haben. Zweitens darf mit der Preisgabe der Information nicht die öffentliche Sicherheit unverhältnismäßig gefährdet werden. Drittens muss die offengelegte Information in Umfang und Ausmaß so weit wie mög-

¹⁶ Zit. bei Renai LeMay: Snowden an ‘American traitor’, says Australia’s Attorney General, Delimiter, 3.12.2013. <http://delimiter.com.au/2013/12/03/snowden-american-traitor-says-australias-attorney-general/> (27.4.2015)

¹⁷ Scott Ludlam: Internet surveillance: today is the day we fight back, 14.2.2014. <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/feb/11/day-fight-back-against-internet-surveillance-scott-ludlam> (20.4.2015)

¹⁸ Zit. bei Daniel Hirst: Scott Ludlam’s support of Snowden ‘celebrates treachery’, says Brandis, The Guardian Australia, 12.2.2014. <http://www.theguardian.com/world/2014/feb/12/scott-ludlams-support-of-snowden-celebrates-treachery-says-brandis> (20.4.2015)

¹⁹ Zit. bei Nick O’Malley: Edward Snowden a traitor, Attorney-General George Brandis tells Washington Think Tank, Sydney Morning Herald, 9.4.2014. <http://www.smh.com.au/federal-politics/political-news/edward-snowden-a-traitor-attorneygeneral-george-brandis-tells-washington-think-tank-20140408-zqsgp.html> (19.4.2015)

lich beschränkt werden. Lucas kam zu dem Schluss: 'Snowden hat keines dieser Kriterien erfüllt'.²⁰ Im Juni 2014 betonte Premierminister Abbott bei einem Besuch in Kanada, dass die Arbeit der Five Eyes nicht nur zum Wohl der fünf Staaten sei, sondern auch „zum Wohl der ganzen Welt“. Schließlich leisteten „Amerika und seine Five Eyes-Verbündeten“ den Hauptbeitrag im Kampf gegen den internationalen Terror.²¹

Die australischen Geheimdienste selbst hüllten sich in der Frage der Snowden-Enthüllungen in Schweigen. Mit einer Ausnahme: Die *Australian Security Intelligence Organisation* (ASIO) – der einzige Geheimdienst des Landes, der einen jährlichen Tätigkeitsbericht vorlegt – schrieb in ihrem Bericht an das Parlament für das Finanzjahr 2013/14: „Edward Snowden ist ein eindrückliches Beispiel dafür, welch weitreichenden und willkürlichen Schaden böswillige Insider anrichten können. Der von Snowden verursachte Schaden wird noch viele Jahre zu spüren sein. Besorgniserregend ist dabei, dass der Fall solche Menschen, die Snowden fälschlicherweise als Whistleblower betrachten, durchaus beeinflussen und ihnen als Ansporn dienen kann.“²²

Insgesamt verteidigte die Regierung Abbott konsequent die geheimdienstliche Zusammenarbeit der Five Eyes, bezeichnete Snowden als Verräter und kritisierte die Medien dafür, dass sie den Snowden-Enthüllungen zu große Aufmerksamkeit widmeten. Die Regierung weigerte sich auch, Informationen über die geheimdienstliche Arbeit preiszugeben oder überhaupt nur eine öffentliche Debatte darüber zu führen.

3. Parlament

Die oppositionelle Labor Party unterstütze den Kurs der seit September 2013 amtierenden konservativen Regierung weitgehend. Direkte Kritik gab es nie, allenfalls Verbesserungsvorschläge. So riet Oppositionsführer Bill Shorten dem Premierminister, einen konzilianteren Ton gegenüber

²⁰ Zit. in ASIO Report to Parliament 2013/14, 12.9.2014, S. 7. Kursivschreibung im Original. [www.asio.gov.au/img/files/2013-14-Report to Parliament.pdf](http://www.asio.gov.au/img/files/2013-14-Report%20to%20Parliament.pdf) (19.4.2015) Vgl. Edward Lucas: Die Snowden-Operation. Eine folgenschwere Enthüllung. Veröffentlicht als Kindle Single im April 2014.

²¹ Prime Minister, Doorstop Interview, Ottawa, 8.6.2014. <https://www.pm.gov.au/media/2014-06-08/doorstop-interview-ottawa-canada> (10.4.2015)

²² ASIO Report to Parliament 2013/14, 12.9.2014, S. 7. [www.asio.gov.au/img/files/2013-14-Report to Parliament.pdf](http://www.asio.gov.au/img/files/2013-14-Report%20to%20Parliament.pdf) (19.4.2015)

Jakarta anzuschlagen. Er solle sich vielmehr wie US-Präsident Barack Obama verhalten, der Kanzlerin Merkel nach Bekanntwerden der Abhöraffaire anrief und ihr versicherte, dass ihr Telefon gegenwärtig und künftig nicht abgehört werde. Der Abgeordnete Michael Danby, einer der wichtigsten Außen- und Sicherheitspolitiker der Labor-Fraktion, unterstützte die Verschärfung der Anti-Terrorgesetze und verurteilte Snowdens Enthüllungen.²³ Am 1. Dezember 2014 warf er Snowden und den Grünen vor, durch ihre Unterstützung der Veröffentlichung geheimen Materials die Sicherheit westlicher Zivilisten zu gefährden: „Ich habe in diesem Parlament mehrmals gefragt, warum sich Herr Snowden und warum sich die Grünen für die Veröffentlichung von Material aussprechen, wie Five Eyes, d. h. die westlichen Geheimdienste, den Telekommunikationsverkehr im Nordirak vor Eroberung des Gebiets durch Daesh überwacht haben. Dies bedeutet eine massive Gefährdung der Sicherheit westlicher Zivilisten.“²⁴

Die einzigen Abgeordneten, die Partei für Snowden ergriffen, kamen von den Grünen und Unabhängigen in Repräsentantenhaus und Senat. So lobte Senator Scott Ludlam (Grüne/Western Australia) Snowden im Juni 2013 als „Whistleblower, der der Welt einen Dienst erwiesen hat“.²⁵ Er kritisierte das Schweigen von Regierung und Labor Party zum PRISM-Skandal, „bei dem es beide alten Parteien, wie ich glaube, mit gewissem Erfolg vermeiden konnten, ihn wie in jeder anderen Hauptstadt der Welt als Skandal zu behandeln, indem sie ihm einfach nicht ins Auge sahen und so taten, als würde er schon vorbeigehen.“ Die Stellungnahmen der Regierung, so Ludlam weiter, seien 90 Prozent Plattitüden und zehn Prozent Informationen, die ohnehin schon bekannt sind.²⁶ Senator Nick Xenophon (Unabhängige/South Australia) wollte von der Regierung wissen, ob auch Parlamentarier überwacht worden seien, erhielt aber keine zufriedenstellende Antwort.²⁷

²³ Michael Danby: Speech, House of Representatives, 2.10.2014, 11235. http://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/genpdf/chamber/hansardr/2f675762-2571-4268-b435-28ce82b5e26c/0223/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)

²⁴ Michael Danby: Speech, House of Representatives, 1.12.2014, 13711-13, hier 13713. http://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/genpdf/chamber/hansardr/2d891fab-c2b5-41b4-967f-0b37fdb6fe7c/0168/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)

²⁵ Scott Ludlam: Speech, Senate, Speech, 19.6.2013, 3485-86, hier 3486. http://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/genpdf/chamber/hansards/8bd37f80-48cf-484c-b5d6-09eeba7b9c15/0196/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)

²⁶ Scott Ludlam, Rede im australischen Senat, 27.6.2013, S. 4294. <http://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/search/display/display.w3p;query=ld%3A%22chamber%2Fhansards%2F81320ab7-05a7-4deb-b6c9-aeba0e6b51bf%2F0177%22> (10.4.2015)

²⁷ Katherine Murphy: Australian government withheld knowledge of Prism program, The Guardian, 8.10.2013. <http://www.theguardian.com/world/2013/oct/08/australian-government-knew-of-prism> (10.4.2015)

Senator Richard di Natale (Grüne/Victoria) pflichtete ihm am 4. Dezember 2013 bei. In anderen Nationen hätten Regierungschefs und Parlamentarier die US-Botschafter einbestellt, um Aufklärung zu erhalten. Nicht so in seinem Land: „Hier in Australien war die Antwort eisiges Schweigen. Es herrschte fast schon ein verabredetes Stillschweigen zwischen der Labor Party und der Liberal Party in dieser Frage.“ Alle Informationen verdanke man nur den Medien. Sie hätten getan, „was unser eigener parlamentarischer Kontrollausschuss und andere Kontrollgremien versäumt haben [...]. Dabei steht die Einsetzung eines parlamentarischen Kontrollausschusses für dieses Parlament wohlgermerkt noch aus. Dieser wird zwar als Rechtfertigung angeführt, wie mit diesen Fragen umzugehen ist, aber bislang haben wir keinen parlamentarischen Kontrollausschuss.“ Auch kritisierte di Natale, dass den Grünen Informationen durch den australischen Inlandsgeheimdienst ASIO verwehrt wurden, die der Oppositionsführer von der Labor Party erhalten habe: „Selbst die CIA und der FBI genießen nicht den allumfassenden Schutz, den unsere Nachrichtendienste hier genießen.“²⁸

Angesichts der Tatsache, dass die überwältigende Zahl der Abgeordneten und Senatoren der Regierung oder der Labor Party angehört, verwundert es nicht, dass es keinen Untersuchungsausschuss zu den Snowden-Enthüllungen gab, und dass das *Joint Parliamentary Committee on Intelligence and Security* das Thema nur kurz aufgriff. Nach dem *Intelligence Services Act 2001* hätte es für eine Beschäftigung mit dem Thema durch den Ausschuss der Anweisung eines Ministers oder einer Entschließung eines der beiden Häuser des Parlaments bedurft. Das *Joint Parliamentary Committee on Intelligence and Security* hielt in seinem alle zwei Jahre erscheinenden Bericht lapidar fest: „Der Ausschuss erörterte mit den Behörden außerdem die Reaktion der Nachrichtendienste auf die Enthüllungen des früheren Auftragnehmers der National Security Agency, Edward Snowden.“²⁹

Am 12. Dezember 2013 gelang es den Grünen zumindest, im Senat, wo sie zu diesem Zeitpunkt mit neun Abgeordneten vertreten waren, mit Unterstützung der Labor Party eine Untersuchung

²⁸ Richard di Natale: Rede im australischen Senat, 4.12.2013, S. 879. http://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/genpdf/chamber/hansards/b37dd255-c7fa-4b2d-86de-64ef0517dde9/0135/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (12.4.2015)

²⁹ Joint Parliamentary Committee on Intelligence and Security: Review of Administration and Expenditure: No. 11 and No. 12 – Australian Intelligence Agencies, September 2014, S. 33.

(„inquiry“) des elektronischen Überwachungsregimes in Australien zu initiieren. Die Untersuchung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Senats erfolgte zwar primär deshalb, um frühere Berichte der *Australian Law Reform Commission* zur Privatsphäre („For Your Information“, 2008) und des parlamentarischen Geheimdienstsausschusses zur „Möglichen Reform der australischen Gesetzgebung zur Nationalen Sicherheit“ (Mai 2013) zu diskutieren und gesetzliche Schritte einzuleiten. Aber die Tatsache, dass die Untersuchung gerade zu diesem Zeitpunkt angesetzt wurde, war Folge von Snowdens Enthüllungen. Frühere Versuche, eine entsprechende Untersuchung zu lancieren, waren noch gescheitert. Vorsitzender des Ausschusses zur umfassenden Überprüfung des *Telecommunications (Interception and Access) Act 1979* wurde Senator Ludlam von den Grünen. Die anvisierten Fristen für den Abschlussbericht wurden mehrmals verschoben, auch weil es in dem Gremium durch Senatswahlen zu zahlreichen personellen Änderungen kam. Erst am 24. März 2015 konnte der Ausschuss seinen Bericht vorlegen.³⁰ Er beeinflusste die Diskussionen aber nur am Rande und hatte keinen Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzes. Zu diesem Zeitpunkt hatten Regierung und Labor-Opposition nämlich ihre Verschärfung der Anti-Terror-Gesetze gegen den Widerstand von grünen und unabhängigen Abgeordneten in drei Tranchen bereits vorangetrieben. Zunächst stimmten am 1. Oktober 2014 beide Häuser des Parlaments mit parteiübergreifender Unterstützung der *National Security Legislation Amendment Bill 2014* zu. Umstrittenster Punkt war Section 35P, die es zu einer Straftat mit bis zu zehn Jahren Gefängnis erklärte, Kenntnisse über Sonderoperationen der Geheimdienste (SIOs/Special Intelligence Operations) zu veröffentlichen. Darunter konnten potentiell auch Journalisten und Whistleblower fallen, wenn sie Informationen „grob fahrlässig“ („reckless“) publizierten. Generalstaatsanwalt Brandis versicherte jedoch, dass diese Klausel selten genutzt werden würde und die Arbeit der Medien nicht einschränke.³¹ Section 35P, so Brandis, ziele vor allem auf „Snowden-ähnliche Situationen“ ab.³² Er versicherte, dass Medienvertreter nur mit seiner persönlichen Genehmigung

³⁰ Comprehensive revision of the Telecommunications (Interception and Access) Act 1979, 24.3.2015. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Committees/Senate/Legal_and_Constitutional_Affairs/Comprehensive_revision_of_TIA_Act/Report (20.4.2015)

³¹ Fact check: Journalists face 10 years' jail for exposing security agency bungles, ABC News, 14.10.2014. <http://www.abc.net.au/news/2014-10-14/journalists-face-jail-for-exposing-security-agency-bungles/5776504> (20.4.2015)

³² Daniel Hurst: George Brandis says laws would not catch journalists reporting Edward Snowden leaks, Guardian Australia, 4.11.2014. <http://www.theguardian.com/australia-news/2014/nov/04/george-brandis-laws-not-catch-journalists-edward-snowden-leaks> (20.4.2015)

angeklagt würden. Allerdings dürfte die unklare Reichweite von Section 35P Zweifel bei Journalisten darüber wecken, ob sie eine Geschichte veröffentlichen sollen oder nicht.

Wenig später nahm das Parlament die *Counter-Terrorism Legislation Amendment (Foreign Fighters) Bill 2014* an, die Australiern die Ausreise untersagt, wenn sie sich Terrororganisationen anschließen wollen. Am 26. März 2015 verabschiedeten die Parlamentarier von Regierung und Labor-Opposition schließlich als dritten Teil der Anti-Terror-Gesetzgebung die *Telecommunications (Interception and Access) Bill 2015*.³³ Die Grünen und eine Mehrheit der unabhängigen Parlamentarier stimmten dagegen. Kern des Gesetzes war es, die Vorratsdatenspeicherung einzuführen und Internetdienste zu verpflichten, Metadaten zwei Jahre lang zu speichern. Um die Zustimmung der Labor Party zu erhalten, hatte die Regierung eingewilligt, den Zugang zu Quellen von Journalisten, die in Zusammenhang mit einer polizeilichen Untersuchung bei Geheimnisverrat stehen, nur nach einer richterlichen Anordnung zu erlauben. Auch revidierte die Regierung ihren gleich nach Amtsantritt gefällten Beschluss, das Gremium *Independent National Security Monitor* aufzulösen, das die Anti-Terrorismus- und Nationale Sicherheitsgesetzgebung überwacht.

Insgesamt vertraten Regierungskoalition und größte Oppositionspartei die gemeinsame Position, dass die Snowden-Enthüllungen die australische Sicherheit gefährdeten, und blockten weitere Auskünfte oder Untersuchungen ab. Nur die Parlamentarier der Grünen und einige unabhängige Abgeordnete verteidigten Snowden und kritisieren die von Regierung und Labor-Opposition beschlossene Vorratsdatenspeicherung. Aber ihre Versuche, die Regierung zur Herausgabe von Information zu drängen, blieben ebenso erfolglos wie ihr Widerstand gegen Gesetzesverschärfungen gegen Geheimnisverrat und für Vorratsdatenspeicherung.

4. Öffentlichkeit

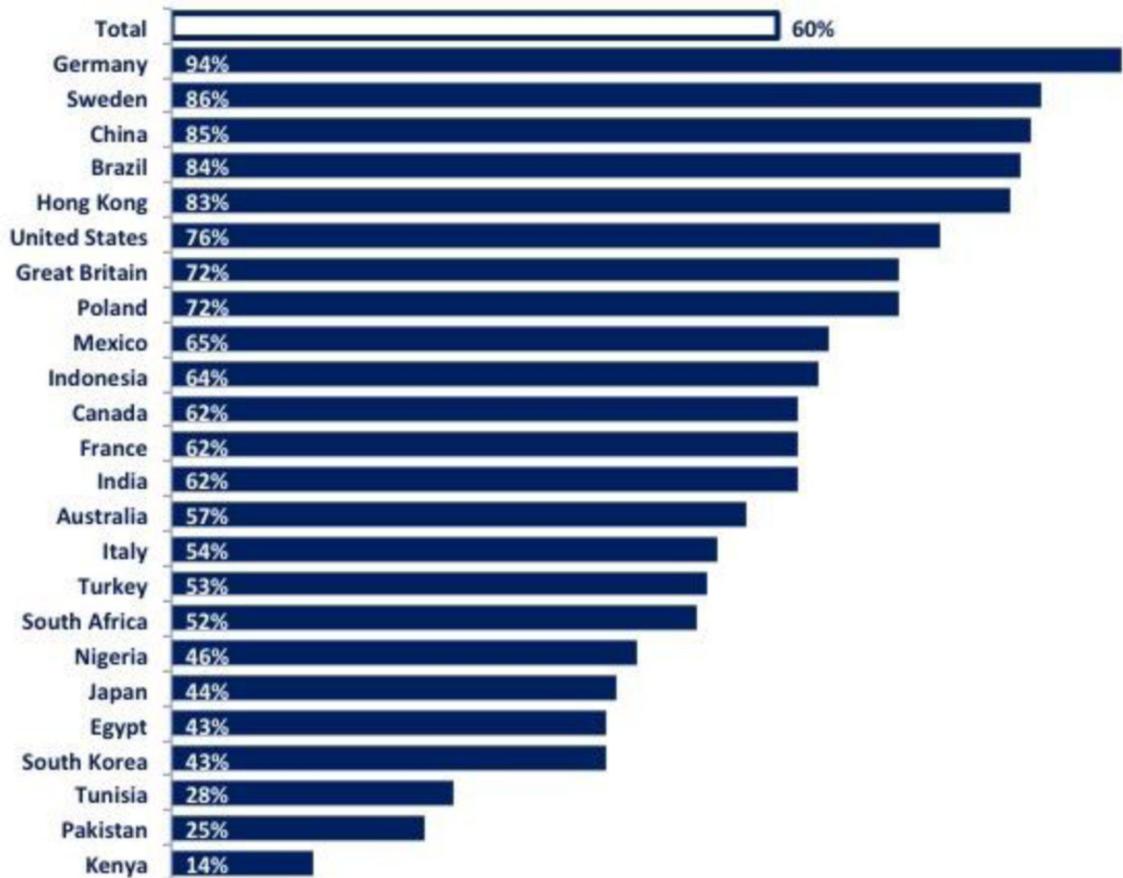
Die australischen Bürger interessieren sich weniger für die Snowden-Enthüllungen als die Bürger vieler anderer Nationen. Auch sind sie weniger bekümmert, was die Überwachung ihrer elektro-

³³ Die parlamentarische Genese des Gesetzes und der Text finden sich unter http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Bills_Legislation/Bills_Search_Results/Result?bld=r5375 (24.4.2015). Eine Kurzfassung bieten Jaan Murphy/Monica Biddington: *Telecommunications (Interception and Access) Amendment (Data Retention) Bill 2014, Bills Digest 89/2014-14*, Department of Parliamentary Services, 26.3.2015, 88 S.

nischen Kommunikation durch ausländische Nachrichtendienste angeht. Das sind die beiden relevantesten Ergebnisse der Studie *Global Survey on Internet Security and Trust*, für die das *Centre for International Governance Innovation* (Kanada) und das Marktforschungsunternehmen *Ipsos* (Frankreich) von 7. Oktober bis 12. November 2014 23.376 Personen in 24 Ländern befragten.³⁴ So hatten zum Beispiel nur 57 Prozent der Australier etwas von Edward Snowden gehört (Durchschnitt: 60%; Spitzenwert Deutschland: 94%).

³⁴ Centre for International Governance Innovation (CIGI)/Ipsos: *Global Survey on Internet Security and Trust*, 2014. <https://www.cigionline.org/internet-survey#survey-findings> (10.4.2015)

Frage: Haben Sie jemals von Edward Snowden gehört, einem Auftragnehmer der US-Regierung, der den Medien Dokumente zuspielte, die zeigen, dass die USA und andere Staaten heimlich persönliche Online-Konten angezapft haben, um Informationen über Menschen in aller Welt zu sammeln?



Stichprobe: Alle Befragten (n=23.376)

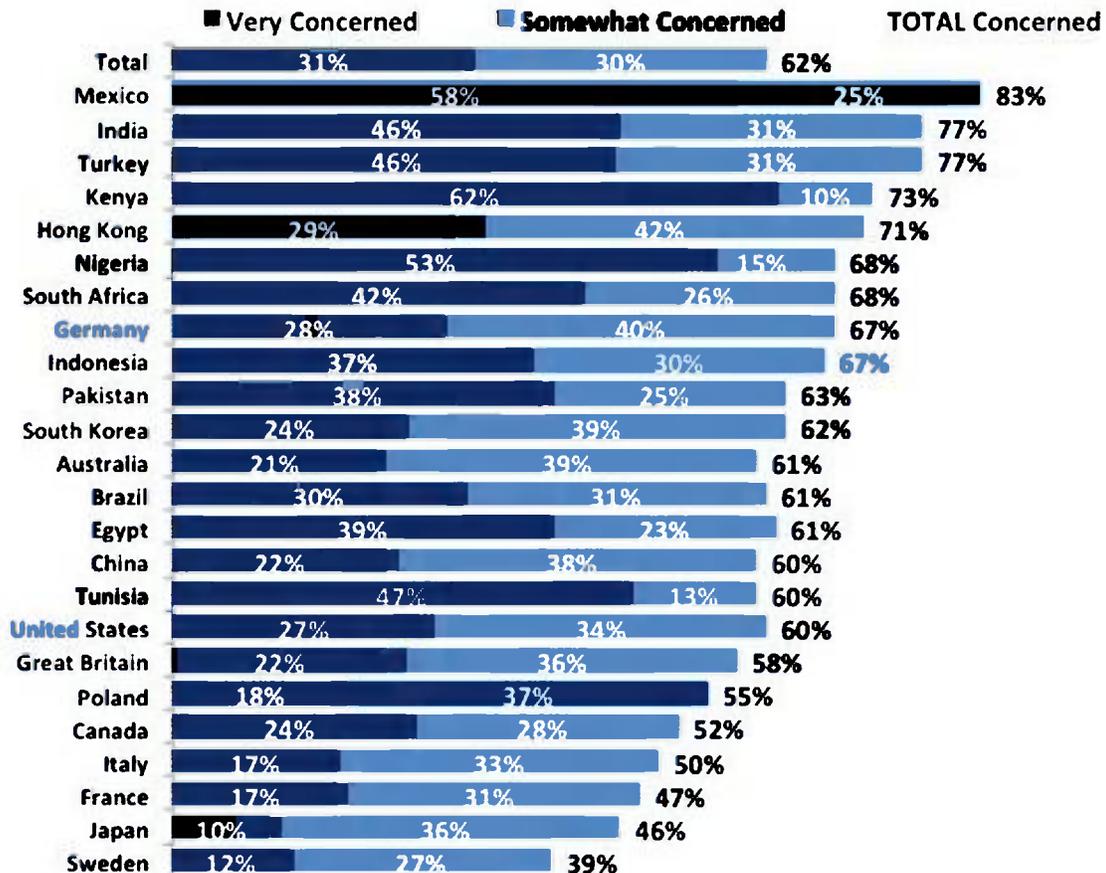
Quelle: CIGI-Ipsos Global Survey on Internet Security and Trust

Auch sind die Australier mit 61 Prozent (Durchschnitt: 62%; Spitzenwert Mexiko: 83%) leicht unterdurchschnittlich besorgt, dass ihre Online-Aktivitäten von ausländischen Nachrichtendiensten im Geheimen ausgespäht werden. Nur 21 Prozent sind „sehr besorgt“ (Durchschnitt: 31%; Spitzenwert Kenia: 62%).

Frage: Wie besorgt sind Sie über Folgendes?

Regierungsbehörden ANDERER LÄNDER überwachen heimlich meine Online-Aktivitäten

(„sehr besorgt“ – „etwas besorgt“ – „besorgt INSGESAMT“)

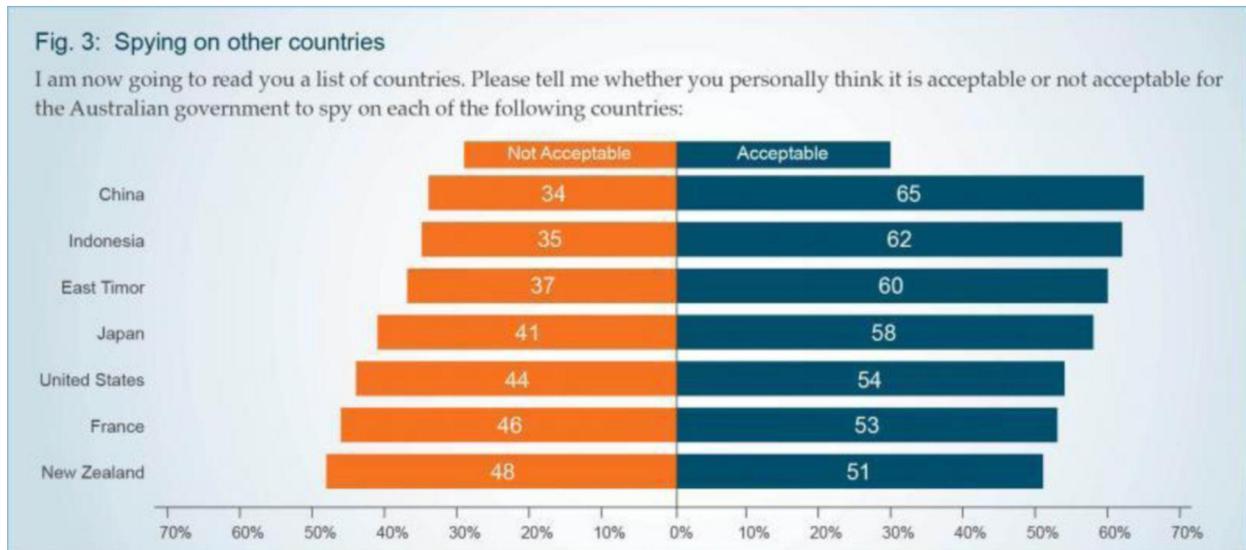


Stichprobe: Alle Befragten (n=23.376)

Quelle: CIGI-Ipsos Global Survey on Internet Security and Trust

Eine Umfrage des *Lowy Institute for International Policy* (Sydney) ermittelte, dass es 70 Prozent der Australier in Ordnung finden, wenn die australische Regierung Regierungen anderer Länder ausspioniert, mit denen sie keine guten Beziehungen pflegt. 50 Prozent der Australier halten Spionage sogar bei Ländern für akzeptabel, mit denen Canberra gute Beziehungen unterhält. Für 54 Prozent der Australier spricht nichts dagegen, wenn ihre Regierung ihren engen Bündnispartner USA ausspionierte.³⁵

³⁵ Lowy Institute for International Policy: The Lowy Institute Poll 2014, S. 6. http://www.lowyinstitute.org/files/2014_lowy_institute_poll.pdf (10.4.2015)



Tabelleninhalt: „**Ausspionieren anderer Länder** – Ich lese Ihnen jetzt ein Liste mit Ländern vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie es persönlich für akzeptabel oder nicht akzeptabel halten, wenn die australische Regierung die jeweils folgenden Länder ausspioniert.“

Quelle: *Lowy Institute for International Policy*

63 Prozent der Australier sagten in einer repräsentativen Telefonumfrage des *Lowy Institute* zwischen 20. Februar und 8. März 2015, die neuen Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung seien gerechtfertigt, um Terroranschläge zu verhindern und die nationale Sicherheit zu gewährleisten. Nur 33 Prozent hielten die Gesetze für ungerechtfertigt, weil sie zu sehr in die Privatsphäre der Bürger eingriffen.³⁶

Insgesamt gibt sich die australische Öffentlichkeit also mäßig interessiert an den Snowden-Enthüllungen, sieht keine allzu große Gefahr, von ausländischen Nachrichtendiensten ausspioniert zu werden und akzeptiert mehrheitlich das Ausspionieren anderer, selbst befreundeter Staaten. Die große Mehrheit der Australier glaubt, dass ihre Regierung ein akzeptables Gleichgewicht zwischen dem Schutz der Bürgerrechte und dem Kampf gegen den Terror gefunden hat.

³⁶ John Kerin: Poll shows support for data retention, *Financial Review*, 27.3.2015. Die Umfrage des Lowy Institutes wird im Juni 2015 veröffentlicht. <http://www.afr.com/news/politics/poll-shows-support-for-data-retention-20150327-1m9l10> (10.4.2015)

5. Medien

Die australischen Medien berichteten intensiv über die Snowden-Enthüllungen und die Zusammenarbeit der australischen Geheimdienste im Rahmen der Five Eyes. Zwei der wichtigsten seriösen Tageszeitungen, *The Australian* (größte landesweite Zeitung, tägliche Auflage 2013: 117.000, Wochenende: 255.000), die zum Medienimperium Rupert Murdochs – einem langjährigen Unterstützer Abbotts – gehört, und der *Sydney Morning Herald* (tägliche Auflage 2013: 132.000, Samstag: 228.000) nahmen sich des Themas immer wieder an. *The Guardian Australia*, eine 2013 gegründete Online-Zeitung (www.theguardian.com/au), trug als Teil der britischen *Guardian Media Group*, die exklusiven Zugang zu den Snowden-Dokumenten hatte, ebenfalls zur Information bei (monatlich 2 Millionen Leser). Auch die öffentlichen, größtenteils steuerfinanzierten TV-Stationen ABC und *Special Broadcasting Service One* (SBS One) berichteten regelmäßig über die Snowden-Enthüllungen, ABC war sogar führend an der Auswertung der Dokumente beteiligt. Während die Kommentare des *Sydney Morning Herald*, des *Guardian Australia* und von ABC die Spionageaktivitäten der Regierung in der Regel kritisierten, zeigten die des *Australian* mehr Verständnis für die Argumente der Regierung.

Angesichts der „No comment“-Politik der Regierung und der Zusammenarbeit von Regierungsfractionen und größter Oppositionsfraction im Parlament bei der Blockade jedweder Untersuchungen kam den Medien eine besondere Rolle zu, die Bevölkerung über die Ereignisse und Hintergründe zu informieren – oft zum Missfallen der Regierung. Premierminister Abbott warf dem staatlichen TV-Sender ABC sogar vor, eine politische Agenda zu verfolgen und Snowden eine Plattform zu bieten. In einem Interview sagte er: „Nun, ich war sehr beunruhigt und besorgt vor einigen Monaten, als ABC offenbar mit großer Freude die Vorwürfe eines Verräters verbreitete. Dieser Herr Snowden, oder dieses Individuum Snowden, das sein Land verraten und dabei anderen mit den Vereinigten Staaten befreundeten Ländern massiv geschadet hat. Und natürlich hat ABC nicht nur berichtet, was er sagte, sondern federführend für seine Äußerungen Werbung gemacht...“.³⁷ Der australische Premier musste sich allerdings wenig Sorgen machen: Die Bevölkerung war, wie oben geschildert, nur begrenzt empfänglich für die Informationen, die Snowden den internationalen Medien übergeben hatte.

³⁷ Prime Minister Tony Abbott in Interview with Ray Hadley, 29.1.2014. <http://www.pm.gov.au/media/2014-01-29/interview-ray-hadley-2gb-sydney> (10.4.2015)

6. NGOs und INGOs

Empört äußerten sich vor allem einige nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs und INGOs) über die Snowden-Enthüllungen, weil sie eine Beschränkung der Pressefreiheit und der Bürgerrechte fürchteten. Die australische Gruppe „Citizens Not Suspects“ verurteilte die Regierungspläne zur Vorratsdatenspeicherung und wollte mit einer Petition und Protesten den zur Debatte stehenden Gesetzentwurf *Telecommunications (Interception and Access) Amendment* abschwächen. Allerdings unterstützten nur 5897 Personen die Online-Kampagne, und die selbstgesetzte Marke von 10.000 Unterschriften wurde deutlich verfehlt.³⁸ Ein von drei Senatoren (Scott Ludlam/Grüne, Nick Xenophon/Unabhängige und David Leyonhjelm/Libertäre) organisiertes Protesttreffen im Parlament am 30. Oktober 2014 wurde von Vertretern der Kommunikationsindustrie und von NGOs besucht (*Communications Alliance, Australian Communications Consumer Action Network, Electronic Frontiers Australia, Pirate Party Australia, Blueprint for Free Speech, Civil Liberties Australia, Internet Society of Australia, Institute of Public Affairs, Australian Mobile Telecommunications Association, the Law Council of Australia, Liberty Victoria, the Media, Entertainment and Arts Alliance, the Australian Privacy Foundation, iiNet, the NSW Council for Civil Liberties* und *ThoughtWorks*).³⁹

Auch international fanden diese Proteste Unterstützung. Das in New York ansässige *Committee to Protect Journalists* äußerte in zwei „Alarmrufen“ („alerts“) am 17. Juli und 30. September 2014, es sei „tief besorgt“ über das neue Sicherheitsgesetz, das zu zehnjährigen Haftstrafen für Geheimnisverrat für Journalisten führen könnte. Ein zweites Anti-Terrorgesetz bestimmte, jeder Australier – also auch ein Journalist – müsse legitime Gründe angeben, um in bestimmte Konfliktgebiete zu reisen. Ansonsten sei dies ein kriminelles Vergehen. Der für Asien zuständige Programmkoordinator des *Committee to Protect Journalists*, Bob Dietz, sagte: „Diese Gesetze würden die Be-

³⁸ <https://www.getup.org.au/campaigns/privacy/mandatory-data-retention-efa--2/sign-the-petition> (10.5.2015)

³⁹ New South Wales Council for Civil Liberties, 30.10.2014. http://www.nswccl.org.au/data_retention_security_by_government_pussyfooting_by_labor (10.5.2015)

richterstattung im Interesse der Allgemeinheit ernsthaft behindern und wir fordern den Gesetzgeber nachdrücklich auf, die zum Schutz von Journalisten und Whistleblowern erforderlichen zusätzlichen Maßnahmen vorzusehen.“⁴⁰

Angesichts der geringen Empörung in Politik und Öffentlichkeit über die Snowden-Enthüllungen konnten die NGOs und INGOs allerdings kaum Einfluss auf die Debatte über die Tätigkeit der NSA und der eigenen Geheimdienste oder die neuen Sicherheitsgesetze entfalten. Auch die Zusammenarbeit mit den wenigen Parlamentariern, die sich gegen die übermächtige Regierung und die sie in dieser Frage unterstützende Labor Party stellten, blieb ohne nachvollziehbare Folgen.

7. Wissenschaft

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung des NSA-Skandals hat bisher nicht stattgefunden. Fachzeitschriften blenden das Thema aus. Zu diesem Ergebnis führte die Überprüfung der Inhaltsverzeichnisse der relevanten Journale für den Zeitraum von Anfang 2013 bis Ende Mai 2015.⁴¹ Über die Anti-Terrorgesetzgebung informiert am besten das im März 2015 erschienene Buch von Andrew Lynch, Nicola McGarrity und George William: *Inside Australia's Anti-Terrorism Laws and Trials* (Sydney, 2015). Darin kritisieren die Autoren die Verschärfung der Anti-Terrorgesetze seit 9/11 als Überreaktion: „In Australien hat dies zu Gesetzen geführt, die demokratische Freiheiten stärker untergraben als die Gesetze anderer vergleichbarer Staaten, darunter auch von Staaten, die einer größeren terroristischen Bedrohung ausgesetzt sind.“ Und einige Zeilen weiter schreiben

⁴⁰ Committee to Protect Journalists: Australia's national security bills threaten press freedom, 30.9.2014. <https://cpj.org/2014/09/australias-national-security-bills-threaten-press-.php> (10.5.2015)

⁴¹ Ausgewertet wurden: *Australian Journal of International Affairs*, *Australian Journal of Political Science*, *The Australian Law Journal*, *Australian Quarterly*. Nur im *The Australian Journal of Politics and History* kommen die Snowden-Enthüllungen im halbjährlichen Jahresrückblick zur australischen Außenpolitik zur Sprache (Geoff Wade: Issues in Australian Foreign Policy January to June 2014, in: *The Australian Journal of Politics and History*, 60/4 2014; und Mark Beeson: Issues in Australian Foreign Policy July to December 2013, in: *The Australian Journal of Politics and History*, 60/2 2014). Im *Australian Journal of Public Administration* findet sich ein allgemein gehaltener Aufsatz über Whistleblowing im öffentlichen Sektor, jedoch ohne ersichtlichen Bezug zur NSA und zur eigenen Involvierung als Five Eyes-Partner, siehe dazu Marcia Miceli/Janet Near: An International Comparison of the Incidence of Public Sector Whistle-Blowing and the Prediction of Retaliation: Australia, Norway, and the US, in: *Australian Journal of Public Administration*, 72/4 2013.

sie: „Kein anderer demokratischer Staat hat eine solche Behörde mit einer Macht ausgestattet, wie sie von der australischen Regierung der ASIO übertragen wurde.“⁴²

8. Verzeichnis der Quellen und Sekundärliteratur

(Belege für Parlamentsreden von und Interviews mit Politikern sowie Zeitungsartikel und Beiträge von Online-Mediendiensten finden sich nur in den Fußnoten)

ASIO Report to Parliament 2013-14, 20.10.2014. <http://www.asio.gov.au/Publications/Report-to-Parliament/Report-to-Parliament.html>

Brandis, George: Securing Our Freedoms (speech delivered at the Center for Strategic and International Studies, Washington DC, 8.4.2014). <http://www.attorneygeneral.gov.au/Speeches/Pages/2014/Second%20Quarter%202014/8April2014SecuringourFreedoms.aspx> (5.5.2015)

Centre for International Governance Innovation (CIGI)/Ipsos: Global Survey on Internet Security and Trust, 2014. <https://www.cigionline.org/internet-survey#survey-findings> (10.4.2015)

Comprehensive revision of the Telecommunications (Interception and Access) Act 1979, 24.3.2015. http://www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Committees/Senate/Legal_and_Constitutional_Affairs/Comprehensive_revision_of_TIA_Act/Report (17.4.2015)

Greenwald, Glenn: No Place to Hide: Edward Snowden, the NSA, and the U.S. Surveillance State, New York 2014.

Independent National Security Monitor Annual Report 2014, 28.3.2014. <http://www.dpnc.gov.au/pnc/publication/independent-national-security-legislation-monitor-annual-report-2014> (6.5.2015)

Leslie, Tim/Corcoran, Mark: Explained: Australia's involvement with the NSA, the US spy agency at heart of global scandal, ABC News, 19.11.2013. <http://www.abc.net.au/news/2013-11-08/australian-nsa-involvement-explained/5079786> (20.4.2015)

Lynch, Andrew/McGarrity, Nicola/William, George: Inside Australia's Anti-Terrorism Laws and Trials, Sydney 2015.

Lowy Institute for International Policy: The Lowy Institute Poll 2014. http://www.lowyinstitute.org/files/2014_lowy_institute_poll.pdf (10.4.2015)

⁴² Andrew Lynch/Nicola McGarrity/George William: *Inside Australia's Anti-Terrorism Laws and Trials*, Sydney 2015, positions 2686 und 2692 (Kindle edition).

9. Dokumente:

Angesichts der Blockadehaltung der Regierung und der Geheimdienste und des Fehlens einer parlamentarischen Untersuchung finden sich Stellungnahmen von Politikern zum Snowden-Material nur verstreut in Parlamentsreden, öffentlichen Auftritten und Interviews. Die wichtigsten sind im folgenden Anhang wiedergegeben. Zur Illustration der Medienberichterstattung und der Arbeit der NGOs sind einige Beispiele angefügt.

Dokumente in der Reihenfolge ihres Abdrucks

- 1) Scott Ludlam: Speech, Senate, Speech, 19.6.2013. http://parlinfo.aph.gov.au/parlinfo/genpdf/chamber/hansards/8bd37f80-48cf-484c-b5d6-09eeba7b9c15/0196/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)
- 2) Scott Ludlam, Rede im australischen Senat, 27.6.2013. <http://parlinfo.aph.gov.au/parlinfo/search/display/display.w3p;query=Id%3A%22chamber%2Fhansards%2F81320ab7-05a7-4deb-b6c9-aeba0e6b51bf%2F0177%22> (10.4.2015)
- 3) George Brandis: Securing Our Freedoms (speech delivered at the Center for Strategic and International Studies, Washington DC, 8.4.2014). <http://www.attorneygeneral.gov.au/Speeches/Pages/2014/Second%20Quarter%202014/8April2014SecuringourFreedoms.aspx> (10.5.2015)
- 4) Michael Danby: Speech, House of Representatives, 1.12.2014. http://parlinfo.aph.gov.au/parlinfo/genpdf/chamber/hansardr/2d891fab-c2b5-41b4-967f-0b37fdb6fe7c/0168/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)
- 5) Tim Leslie/Mark Corcoran: Explained: Australia's involvement with the NSA, the US spy agency at heart of global scandal, ABC News, 19.11.2013. <http://www.abc.net.au/news/2013-11-08/australian-nsa-involvement-explained/5079786> (10.5.2015)
- 6) Ewen MacAskill/James Ball/Katahrine Murphy: Revealed: Australian spy agency offered to share data about ordinary citizens, The Guardian, 2.12.2013. <http://www.theguardian.com/world/2013/dec/02/revealed-australian-spy-agency-offered-to-share-data-about-ordinary-citizens> (21.5.2015)
- 7) Ben Grubb: George Brandis in 'car crash' interview over controversial data retention regime, Sydney Morning Herald, 7.8.2014. <http://www.smh.com.au/digital-life/digital-life-news/george-brandis-in-car-crash-interview-over-controversial-data-retention-regime-20140806-101849.html> (10.5.2015)
- 8) Paul Farrell/Daniel Hurst: Journalists will face jail over spy leaks under new security laws, The Guardian, 16.7.2014. <http://www.theguardian.com/world/2014/jul/16/journalists-face-jail-leaks-security-laws> (10.5.2015)
- 9) Citizens Not Suspects: Online-Petition. <https://www.getup.org.au/campaigns/privacy/mandatory-data-retention-efa--2/sign-the-petition> (10.5.2015)

Dokument 1:

DER SENAT
AKTUELLE STUNDE („ADJOURNMENT“)

Whistleblower

REDE

Mittwoch, 19. Juni 2013

KRAFT GENEHMIGUNG DES SENATS

Mittwoch, 19. Juni 2013 DER SENAT 3485

KAMMER

REDE

Datum: Mittwoch, 19 Juni 2013 Quelle Senat

Seite 3485 Überprüft Nein

Fragesteller Antwortender

Redner: Senator Scott Ludlam Frage Nr.

Senator LUDLAM (Western Australia) (19:13 Uhr): Ich ergreife heute Abend das Wort, um einige Bemerkungen zu Whistleblowern zu machen, zu ihrer Bedeutung für die Demokratie und dazu, wie ihre Behandlung etwas über den Zustand der Demokratie in Australien und in anderen Demokratien in aller Welt aussagt.

Ich möchte diesen Beitrag heute Abend einem großen Journalisten widmen, nämlich Michael Hastings, der über Whistleblower berichtete und einer der wirklich mutigsten Journalisten war, die sich mit der nationalen Sicherheit befassten und in den USA arbeiteten. Ich traf ihn in London, als dort Winter war, im Dezember 2011. Er und ich waren beide zufällig auf dem Weg zum Unterschlupf von Julian Assange, in dem er damals unter Arrest stand. Sein Tod bei einem Autounfall in Los Angeles im Alter von 33 Jahren ist ein Verlust für uns alle. Möge er in Frieden ruhen.

Ich hatte in meiner Zeit hier schon durchaus mit Whistleblowern zu tun. Mich hat ihr Mut schon immer beeindruckt. Die Entscheidung, auszupacken, hat erheblichen Einfluss auf das Leben der Betroffenen und kann ein äußerst einsamer Weg sein. Eine Person, die mir da sofort in den Sinn kommt, ist Dave Reid, ein Mann, der die schockierenden Gesundheits- und Sicherheitsstandards und die Gepflogenheiten in der Radioisotopenanlage des Reaktorkomplexes der ANSTO in Sydney publik machte. Seine Enthüllungen hatten

Untersuchungen und Veränderungen zur Folge, aber er verlor seinen Arbeitsplatz und hat einen hohen Preis für sein Handeln bezahlt, obwohl seine Darstellung durch offizielle Berichte bestätigt wurde und nach etlichen Empfehlungen einige der Probleme, auf die er uns aufmerksam gemacht hat, schließlich bereinigt wurden.

Danke, Dave. Sie haben etwas gesehen, Sie haben nicht weggeschaut und Sie haben es offen angesprochen – und Sie haben dafür zahlen müssen. Die Arbeitnehmer bei ANSTO und die Menschen in Sutherland Shire sind dank Ihrer Taten nun sicherer.

Der Obergefreite Bradley Manning hat etwas gesehen und ebenfalls nicht weggeschaut. Er hat Kriegsverbrechen gesehen. Er hatte Beweise, die von grobem und systematischem Fehlverhalten zeugten. Am 11. März dieses Jahres hörten wir, was ihn nach seinen eigenen Worten zum Auspacken bewog. Er sagte vor Gericht, dass er hoffe, die Enthüllung würde: „... eine innenpolitische Debatte über die Rolle des Militärs und unsere Außenpolitik in Bezug auf Irak und Afghanistan im Allgemeinen auslösen“

Er sagte auch: „Ich glaubte, dass die Öffentlichkeit, wenn sie sich dieser Fakten bewusst wäre, eine öffentliche Debatte über die Kriege anstoßen würde.“

Australien hat Truppen in diese Kriege entsandt. Wir sind an ihnen und ihren Folgen immer noch mitschuldig – ein rechtswidriger und ein sinnloser Krieg.

Und ja, der Soldat Bradley Manning hat eine Debatte ausgelöst. Er hat eine Debatte darüber ausgelöst, ob das Töten von Journalisten und Kindern per Fernsteuerung aus Hubschraubern noch mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar ist. Er hat uns alle, die Weltgemeinschaft, mit brutalen und erschreckenden Wahrheiten darüber konfrontiert, wie im normalen Konfliktverlauf das Kriegsrecht und internationale Menschenrechtsnormen verletzt werden. Dafür wurde er verhaftet und in Kuwait monatelang in einen Käfig gesperrt. Er musste viele weitere Monate bei eingeschaltetem Licht nackt ausharren, aber er ließ sich nicht kleinkriegen.

Bei all dem, was er durchgemacht hat, ist die Würde dieses außergewöhnlichen jungen Mannes – gerade 25 Jahre alt – beeindruckend, und das Gleiche gilt für seine Erklärung vor Gericht, die ich gerne vorlegen würde, wenn dies gestattet ist. Es handelt sich um die freigegebene Erklärung des Soldaten Bradley Manning in dem gegenwärtig in den USA laufenden Gerichtsverfahren.

Stattgegeben.

Senator LUDLAM: Nach drei Jahren unter harten Bedingungen bekommt der Soldat Bradley Manning nun endlich seinen Gerichtstermin. Er sagt: „Je mehr Depeschen ich las, desto mehr gelangte ich zu dem Schluss, dass diese Art der Information publik gemacht werden sollte.“ Ich teile die Ansicht von Bradley Manning, der drei Jahre lang eingesperrt war.

Ich danke auch der Publikationsplattform WikiLeaks, deren Chefredakteur diese Woche bereits seit einem Jahr in einem Raum lebt, der etwa so groß wie diese beiden Sitzblöcke ist, wo ich gerade stehe. Wir haben viel gelernt über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die Dinge, für die wir uns gemeinsam einsetzen – so beispielsweise unsere Bemühungen, das Abkommen über das Verbot von Splitterbomben aufzuweichen. Die Bürger dieses Landes und der Länder in aller Welt haben das Recht zu wissen, was in unserem Namen geschieht.

Professor John Keane, der Autor von *The Life and Death of Democracy*, spricht darüber, wie unerlässlich die Medien und nichtstaatliche Organisationen für die Gesundheit der Demokratie sind. Er nennt sie die Wachhunde, die Blindenhunde und die bellenden Hunde, die aufpassen. Ein solches Aufpassen ist unabdingbar, um Institutionen, Regierungen und Politiker für ihre Versprechen geradestehen zu lassen – nach den Normen, auf die wir uns verständigen, und nach rechtsstaatlichen Prinzipien.

Jemand, den ich sehr bewundere und den ich letzten Januar treffen konnte, nämlich Jacob Appelbaum, hat beschrieben, welchen Preis man zahlt, wenn man als Kontrollinstanz der Demokratie fungiert und sich für die Achtung der Menschenrechte und für Frieden einsetzt. Er sagte: „Ich führe keine wichtigen Gespräche mehr in den USA. Ich führe keine Bettgespräche mehr mit meiner Partnerin. Ich traue in keiner Weise irgendeinem meiner Computer. In gewissem Sinne bin ich dadurch unter anderem von meiner Arbeit, die ich überall auf der Welt unternommen habe, um beispielsweise Aktivisten der Demokratiebewegung bei der Herbeiführung des Arabischen Frühling zu helfen, distanziert worden, denn ich stelle in manchen Fällen eine Gefahr für diese Menschen dar. Und als Mensch habe ich im Wesentlichen die Pflicht, eben keine Gefahr für andere Menschen darzustellen.“

In den letzten ein oder zwei Wochen haben wir von einem neuen Namen erfahren, nämlich dem von Edward Snowden. Er hat offengelegt, welches Ausmaß die Überwachung durch die amerikanische National Security Agency annimmt. Zwar wurde dies bereits von manchen vermutet und von anderen für wahrscheinlich gehalten, doch haben wir jetzt eine bessere Vorstellung davon, was neun Konzerne, und zwar

Microsoft, Yahoo!, Google, Facebook, PalTalk, AOL, Skype, YouTube und Apple, nach eigenem Bekunden nicht wussten – dass nämlich ihre Server von der NSA angezapft wurden, um Informationen über ihre Kunden zu sammeln, also auch über uns.

Unterdessen mache ich mir Sorgen um das Wohl von Edward Snowden, eines Whistleblowers, der der Weltöffentlichkeit einen Dienst erwiesen hat. Ich habe diese Woche schriftliche Anfragen an die Regierung gerichtet, um zu erfahren, ob unsere Zoll- und Einwanderungsbehörden diesen Mann mittlerweile beobachten, um ihn an einer Einreise nach Australien zu hindern – so wie es bekanntlich die britische Regierung getan hat.

Er hat erklärt, seine größte Befürchtung sei, dass sich durch seine Taten und seine Opfer nichts ändert. Ich fand es diese Woche hier im Senat erstaunlich zu sehen, welche parteiübergreifende Blindheit offenbar herrscht. Gestern verloren wir im Senat eine Abstimmung – 10 Stimmen gegen den Rest des Hauses – dabei wollten wir lediglich den Generalstaatsanwalt und Justizminister (Attorney-General) darum ersuchen, im Unterhaus eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der die Australier über das Ausmaß ihrer Beteiligung informiert werden. Vielleicht ist Australien gar nicht beteiligt. Vielleicht haben wir systematische Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit und der üblichen demokratischen Praxis, wie wir sie in den USA erlebt haben, gar nicht begangen. Aber es steht uns eine Erklärung seitens des australischen Attorney-General zu. Niemand hier wollte gestern davon etwas wissen, als dieser Antrag zu Fall gebracht wurde.

Zum Abschluss möchte ich einen großen Philosophen zitieren, Robert Foster von Rap News. Er sagte: „Whistleblower legen im öffentlichen Interesse Dinge offen. Bleibt die Frage, ob die Öffentlichkeit interessiert ist. Falls ja, wäre heute ein guter Tag, um dies zu zeigen. Unwissenheit ist im Zeitalter des Internet eine Option.“

Quelle: Scott Ludlam: Rede vor dem Senat, 19.6.2013. http://parlinfo.aph.gov.au/parlinfo/genpdf/chamber/hansards/8bd37f80-48cf-484c-b5d6-09eeba7b9c15/0196/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)

Dokument 2:

DER SENAT

MINISTERERKLÄRUNGEN

Verteidigung

REDE

Donnerstag, 27. Juni 2013

KRAFT GENEHMIGUNG DES SENATS

Donnerstag, 27. Juni 2013 DER SENAT 4294

KAMMER

REDE

Datum: Donnerstag, 27. Juni 2013 Quelle Senat

Seite 4294 Überprüft Nein

Fragesteller Antwortender

Redner: Senator Scott Ludlam Frage Nr.

Senator LUDLAM (Western Australia) (15:35 Uhr): Mit Ihrer Erlaubnis plädiere ich:

Der Senat möge das Dokument zur Kenntnis nehmen.

Ich beantrage, dass der Senat das Dokument zur Kenntnis nimmt, das Ministerin Jacinta Collins im Namen des ehemaligen Verteidigungsministers Smith vorgelegt hat. Ich würdige seine im Unterhaus gemachten Bemerkungen, da er beschlossen hat, bei der nächsten Wahl nicht wieder zu kandidieren.

Es handelt sich um ein zeitlich äußerst passendes Dokument des ehemaligen Verteidigungsministers über unsere offenbar volle Kenntnis und Übereinstimmung in Bezug auf die Militär- und Geheimdienst-Stützpunkte der USA in diesem Land. Wenn ich von äußerst gutem Timing spreche, dann deshalb, weil es unmittelbar nach dem PRISM-Skandal vorliegt, bei dem es beide alten Parteien, wie ich glaube, mit gewissem Erfolg vermeiden konnten, ihn wie in jeder anderen Hauptstadt der Welt als Skandal zu behandeln, indem sie ihm einfach nicht ins Auge sahen und so taten, als würde er schon vorbeigehen. Das wird er natürlich nicht, aber wie auch immer.

In dieser Verlautbarung erklärt nun die australische Regierung, dass sie voll darüber im Bilde ist, was auf den US-Stützpunkten in unserem Staatsgebiet vor sich geht. Mehrere Mitglieder des US-Kongresses und selbst ein Mitglied des Ausschusses für Innere Sicherheit (Committee on Homeland Security) haben sich

kürzlich bestürzt darüber gezeigt, dass sie keine Ahnung hatten, wie weit die Überwachungstätigkeit der NSA in die Privatsphäre eingreift und wie umfassend sie ist. Da ist es doch erstaunlich, dass australische Politiker und der Verteidigungsminister und seine Mitarbeiter in Dinge eingeweiht wurden, die nicht einmal hohen Kongressvertretern der Vereinigten Staaten bekannt waren.

Geheimdienstmitarbeiter haben Reportern von Fairfax unter vorgehaltener Hand mehr über das PRISM-System erzählt als Parlamentarier in diesem Haus von den Ministern in Erfahrung bringen konnten. Wir haben beispielsweise erfahren, dass das neue Datenzentrum, das sich unweit von Canberra im Bau befindet, zur Speicherung von Material verwendet werden soll, das von in den USA tätigen Kollegen von DSD und ASIO aus PRISM gewonnen wurde. Wir haben darüber aus der Fairfax-Presse erfahren, denn als wir hier beantragten, dass der Attorney-General eine Stellungnahme gegenüber diesem Parlament abgibt, verweigerten beide alten Parteien ihre Unterstützung. Senator Xenophon und ich haben schriftliche und mündliche Anfragen gestellt, bei denen wir komplett abgespeist wurden, nämlich zu der Frage, wie viel die australische Regierung über das Ausmaß der massiven Bürgerüberwachung weiß und ob die Privatsphäre von Australiern verletzt wurde. Wir wissen, dass sie es wurde. Behandeln Sie uns nicht wie Kinder. Wir wissen, was hier vor sich geht. Ich denke, hinsichtlich des Umfangs der übertriebenen Bürgerüberwachung wäre ein wenig Transparenz hilfreich gewesen, anstatt einfach in eine Art Verweigerungshaltung zu verfallen.

Da kann man nur froh sein, dass sich der Fairfax-Journalist Phil Dorling mit dem Fall befasst, schließlich gibt es nur sehr wenige gute Journalisten in diesem Land, die auf das Thema nationale Sicherheit spezialisiert sind. Es gibt einige, und Herr Dorling ist sicher einer von ihnen. Ohne diese Handvoll Leute, die diesen Dingen gründlich nachgeht, würden die Australier nichts darüber wissen, dass unsere Regierungs- und Geheimdienstmitarbeiter über diese riesigen Mengen ungeheuer wertvoller Informationen verfügen, die durch PRISM und andere US-Programme zur Fernmelde- bzw. elektronischen Aufklärung gewonnen wurden. Die Regierung sagt, sie habe in Bezug auf die US-Stützpunkte in Australien volle Kenntnis und stehe voll dahinter. Vielleicht sollte das beruhigend klingen; für mich klingt es nicht so. In der Erklärung erfahren wir von der Stationierung von US-Marineinfanteristen in Darwin; eine Ankündigung, die die Menschen in Australien und wahrscheinlich auch den damaligen Außenminister völlig überrascht hat. Das ist Außenpolitik im Wege von Pressemitteilungen, nachdem die wichtigen Entscheidung bereits hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Eine Entscheidung präsentiert zu bekommen, nachdem sie bereits getroffen wurde, ist nämlich nicht das Gleiche wie volle Kenntnis und Übereinstimmung.

Welche Kenntnis haben die australischen Bürger oder Parlamentarier von den Rechten, den Funktionen und der Verantwortung der US-Streitkräfte, während sie sich hier auf australischem Boden befinden? Im November 2012 enthüllte ein weiterer damaliger Fairfax-Journalist, Dylan Welch, der jetzt in Afghanistan ist, dass eine geheime zweiseitige Grundsatzerklärung über die militärische Zusammenarbeit zwischen Australien und den USA existierte. Bezeichnet wird sie als Grundsatzerklärung zwischen Australien und den Vereinigten Staaten über die Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Streitkräftepolitik (Force Posture Review Working Group Statement of Principles). Herr Welch stellte zu diesen Vorgängen einen Antrag auf Informationszugang und es wurde ihm gesagt, dass ein Schreiben des Verteidigungsministeriums in Form einer Grundsatzerklärung betreffend die militärische Zusammenarbeit zwischen Australien und den USA existiere. Das Ministerium musste die US-Regierung konsultieren, die natürlich sagte, dass das Dokument Herrn Welch gegenüber nicht offenzulegen sei. So haben die Menschen in Australien immer noch keine Ahnung, was dem erheblichen Ausbau der US-Militärpräsenz in Australien genau zugrunde liegt.

Der Minister erwähnt in seiner Erklärung North West Cape. Das ist im Bundesstaat Western Australia. Es handelt sich um eine Einrichtung, die die Durchfahrt und Stationierung von mit Atomwaffen bestückten U-Booten weiterhin erleichtert, ermöglicht und unterstützt. Diese sind Träger offensiver Angriffswaffen. U-Boote mit ballistischen Raketen dienen keinem anderen Zweck als einem künftigen Armageddon. Sie sind keine taktischen Waffen. Sie sind nicht für das Gefechtsfeld gedacht. Sie sind mit ballistischen Raketen bestückt, um Städte zu zerstören und bestimmten Zivilisationen den Garaus zu machen. Dafür sind sie bestimmt. Dieser Stützpunkt am North West Cape kommuniziert mit diesen Booten. Volle Kenntnis und Übereinstimmung? Nun ja.

Australien legitimiert dadurch den Besitz und die Stationierung von Kernwaffen. Der ehemalige und aktuelle Premierminister – jetzt wird es etwas verwirrend – und ehemalige Außenminister Rudd hat sich als Vertreter einer Mittelmacht mit gewissem diplomatischen Gewicht wirklich bemüht, durch die Kommission, in der wir gemeinsam mit dem ehemaligen Außenminister Japans den Vorsitz führten, die Debatte über Nichtverbreitung und Abrüstung voranzubringen. Während man sich also hier um einen Konsens in Sachen Nichtverbreitung und Abrüstung bemüht, schreiben wir gleichzeitig in zwei aufeinanderfolgenden verteidigungspolitischen Weißbüchern, dass wir die Stationierung von Kernwaffen im Namen Australiens unterstützen. So steht es auf dem Papier. Faktisch ist es aber so, dass Einrichtungen wie der Stützpunkt in North West Cape die Stationierung von Kernwaffen nicht nur in unserem Namen ermöglichen, sondern auf unserem Boden.

Pine Gap, ein Atomziel und ein wesentlicher Bestandteil des Raketenabwehrprogramms der USA, ist natürlich ein wichtiger Anreiz für andere Kernwaffenstaaten, ihre Arsenale zu behalten. Wir haben in der Erklärung erfahren, dass dies für die Nichtverbreitung von Kernwaffen von großer Bedeutung ist. Verstehen Sie mich nicht falsch: Das hoch komplexe Beobachtungsnetzwerk, das Australien unterstützt, liegt im Rahmen unseres Budgets und wird mit unseren internationalen Partnern durchgeführt, um Dinge wie geheime Atomexplosionen, Waffentests usw. zu orten. Ich stehe voll dahinter, und es wird uns gesagt, dass die Bedeutung der hierzu in Pine Gap gewonnenen Daten nicht unterschätzt werden darf. Pine Gap hat sich sozusagen von einer verborgenen Geheimdienstanlage zu einer Einrichtung gegen Atomwaffen entwickelt, was bemerkenswert ist. Es wird uns gesagt, dass Australien durch diese gemeinsame Anlage Zugang zu nachrichtendienstlichen Informationen hat. Wie wir wissen, werden von Pine Gap aus Radarsignale, Mobiltelefone, Funkverbindungen und der Telekommunikationsverkehr im Fernnetz überwacht, wodurch die US-Luft- und -Bodenstreitkräfte einschließlich von Drohnen bzw. unbemannten Luftfahrzeugen mit Informationen über mögliche Ziele versorgt werden können. Die Anlage ist von ungemeinem Wert, da sie sich auf der Südhalbkugel befindet. Die Menschen in Australien wissen nicht, wen die Anlage auspäht oder ins Visier nimmt. Im Jahr 1999 weigerte sich die Regierung, dem Gemeinsamen Ständigen Ausschuss für Verträge (Joint Standing Committee on Treaties) in diesem Parlament Auskünfte über Pine Gap zu erteilen. Seitdem hat sich nichts geändert. Obwohl Vertreter des US-Kongresses Pine Gap besucht haben und im Geheimen über die Aufgaben der Anlage unterrichtet wurden, werden den gewählten Volksvertretern und Senatoren weniger Informationen anvertraut, als im Internet oder in einer öffentlichen Bibliothek zu finden sind.

Die Grünen sind ja grundsätzlich dafür, dass die Regierung erläuternde Stellungnahmen wie diese abgibt. Die Stellungnahme besteht jedoch zu 90 Prozent aus Plattitüden und zu 10 Prozent aus Informationen, die bereits frei zugänglich sind. Fehlen tut es bezeichnenderweise an solchem Informationsmaterial, das eine Handvoll auf das Thema nationale Sicherheit spezialisierter Journalisten den Menschen in Australien zugänglich macht. Es wird Zeit, dass die australische Regierung reinen Tisch macht, damit die „volle Kenntnis und Übereinstimmung“, von der die Rede war, keinen ironischen Beigeschmack erhält, sobald das Material von einer künftigen Generation mutiger Whistleblower frei zugänglich gemacht wird.

Quelle: Scott Ludlam, Rede vor dem Senat, 27.6.2013. <http://parlinfo.aph.gov.au/parlinfo/search/display/display.w3p;query=id%3A%22chamber%2Fhansards%2F81320ab7-05a7-4deb-b6c9-aeba0e6b51bf%2F0177%22> (10.4.2015)

Dokument 3:**Unsere Freiheiten sichern****Rede des australischen Attorney-General und Kunstministers, Senator George Brandis QC, vor dem Center for Strategic and International Studies**

8. April 2014

Washington D.C.

Lassen Sie mich zu Beginn dem Center for Strategic and International Studies dafür danken, dass es so freundlich ist und mich diese Ansprache halten lässt. Dies ist eines der weltweit berühmtesten und einflussreichsten Zentren zur Erforschung der internationalen Beziehungen und der gegenwärtigen Herausforderungen der internationalen Politik. Es ist mir eine Ehre, an einem so illustren Ort sprechen zu dürfen.

Heute möchte ich einige Bemerkungen zu den Herausforderungen machen, mit denen demokratische Staaten konfrontiert sind, die ihre Bevölkerung vor denjenigen, die ihr Schaden zufügen würden, schützen und ihnen einen Riegel vorschieben wollen. Dabei möchte ich insbesondere auf die Bedeutung von Informationen eingehen. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, wie Sie alle wissen, dass es für die Terrorismusabwehr keine wichtigere Fähigkeit gibt als die Gewinnung von Erkenntnissen, durch die sich terroristische Anschläge – ob nun staatlich gefördert, gefördert durch nichtstaatliche Akteure oder aber Akte von Einzeltätern – voraussehen und stoppen lassen.

Bevor ich zu meinem Thema komme, lassen Sie mich zunächst ein paar Worte sagen zu dem Verhältnis zwischen meinem Heimatland Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Ihr Land ist das Land, das die meisten Australier am meisten bewundern. Es ist keine kritiklose Bewunderung, wie sie es unter engen Freunden auch niemals sein sollte. Aber das majestätische, ungeordnete, inspirierende, frustrierende, tolle Spektakel, das die amerikanische Demokratie darstellt, ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit in der Moderne.

Wenn wir in den kommenden Monaten eines unheilvollen Datums gedenken und den hundertsten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs begehen, sollten wir niemals vergessen, dass in jenem Jahrhundert Australier und Amerikaner in jedem größeren Krieg Seite an Seite gekämpft haben: im Ersten Weltkrieg, dem Zweiten Weltkrieg (der Pazifikkrieg wurde während seiner gefährlichsten Phase vom Hauptquartier des Generals Macarthur in meiner Heimatstadt Brisbane aus geleitet; untergebracht war Macarthur in einem imposanten Anwesen nur ein paar Straßen entfernt von wo ich wohne); im Koreakrieg, im Vietnamkrieg, im Golfkrieg, im Irakkrieg und im Afghanistankrieg. Als einzige Nation haben die Australier in allen diesen Konflikten an Ihrer Seite gekämpft. Seit mehr als 60 Jahren ist unsere Sicherheit durch eines Ihrer am längsten bestehenden Abkommen verbürgt – das ANZUS-Bündnis –, auf das sich die australische Regierung zum ersten Mal in den dunklen Tagen nach dem 11. September 2001 berief.

Australier und Amerikaner haben sich gegenseitig also viel zu verdanken: als tapfere Kameraden und als enge Freunde. Wie Sie wissen, hat es letztes Jahr einen Regierungswechsel in Australien gegeben, bei dem meine Partei – die Partei von Robert Menzies und John Howard – wieder an die Macht gelangte. Doch die Einstellung zum Bündnis, die ich zum Ausdruck gebracht habe, wird von beiden Parteien uneingeschränkt geteilt. Der wohl beste Beweis dafür ist die heutige Anwesenheit des hochgeschätzten australischen Botschafters in den Vereinigten Staaten, meines Freundes Kim Beazley, der in seiner Zeit als Parlamentarier die andere Seite des politischen Spektrums vertrat – die Partei von John Curtin und Bob Hawke –, der heute jedoch im Namen der neuen Regierung von Premierminister Tony Abbot in Washington die Gesamtheit des australischen Volkes repräsentiert.

Ich sprach vorhin von den großen Konflikten des letzten Jahrhunderts, in denen unsere Soldaten, Matrosen und Flieger Seite an Seite kämpften und füreinander Blut vergossen. In allen diesen Kriegen waren unsere Länder Teilnehmer wider Willen. Wir kämpften für die Aufrechterhaltung der Prinzipien und Werte, auf denen unsere politischen Systeme aufbauen und auf die sich unsere Gesellschaften stützen: um sie zu verteidigen, wenn wir selbst oder unsere Verbündeten angegriffen wurden, und um sie auf die Menschen anderer Länder auszudehnen.

Niemand hat diese Werte besser in Worte gefasst als Präsident Wilson, als er in seiner Rede vor dem Kongress am 2. April 1917 zur Herbeiführung einer Kriegserklärung an Deutschland sagte:

„Wir werden für Dinge kämpfen, die für uns immer am wichtigsten waren – für Demokratie, für das Recht derjenigen, die sich der Autorität beugen, sich bei ihren Regierungen Gehör zu verschaffen, für die Rechte und Freiheiten kleiner Staaten, für die universelle Herrschaft des Rechts durch einen solchen Verbund freier Völker, der allen Nationen Frieden und Sicherheit bringt und die Welt selbst schließlich befreit.“

Genauso wie für jede Generation gilt auch heute, dass die Bedrohungen für die Freiheit sehr unterschiedlichen Ursprungs sind. Und niemand weiß besser als die Menschen in diesem Raum, dass es keine stärker um sich greifende und heimtückischere Bedrohung als den Terrorismus gibt. Es ist mittlerweile selbstverständlich, vom „Krieg“ gegen den Terrorismus zu sprechen – eine vom zweiten Präsidenten Bush häufig verwendete, jedoch nicht von ihm erfundene Metapher. Zwar gibt es wichtige Gemeinsamkeiten zwischen Terrorismus und Formen der konventionellen Kriegsführung, doch bestehen auch deutliche Unterschiede. Der wichtigste dabei ist gerade in Zeiten des Internet die Unsichtbarkeit. Terroristen mobilisieren keine Armeen. Ihre Organisationen sind amorph und wandelbar. Ihre Krieger sind einsame Fanatiker, keine Berufssoldaten. Und genau deshalb ist ihre frühzeitige Erkennung weitaus schwieriger.

Dabei ist das Phänomen selbst nicht neu. Schließlich war es ein einzelner Terrorist, Gavrilo Princip, der am 28. Juni vor hundert Jahren den Ersten Weltkrieg in Europa auslöste, als er den Erzherzog und die Erzherzogin von Österreich auf einer Straße in Sarajewo ermordete. Margaret Macmillan beschreibt in ihrer großartigen neuen Studie über die Ursachen des ersten Weltkriegs, *The War That Ended Peace*, die jungen Bosniaken und ihre Terrororganisation Schwarze Hand als „überwiegend junge serbische und kroatische Bauernjungen, die vom Lande weggezogen waren, um in den Städten zu studieren und zu arbeiten. Obwohl sie nun Anzüge statt ihrer traditionellen Trachten trugen,... fanden sie dennoch vieles in der modernen Welt verwirrend und verstörend. Es fällt nicht schwer, sie mit den extremen Gruppierungen unter den islamischen Fundamentalisten wie etwa al-Qaida ein Jahrhundert später zu vergleichen,“ schreibt Professorin Macmillan [S. 513f].

Natürlich unterhielt das österreichisch-ungarische Kaiserreich ein ausgedehntes Netz von Spionen und Informanten. Seine Polizei überwachte die Aktivitäten der Schwarzen Hand, und es deutet vieles darauf hin, dass Princip ihr bekannt war. Allerdings entging ihr sein Besuch in Sarajewo an jenem verhängnisvollen Sonntag.

Entscheidend ist heute wie damals Information. Der Unterschied zwischen der Welt unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und der Welt von heute ist der, dass es unvergleichlich mehr Informationen und unvergleichlich mehr Kommunikation gibt. Terroristen planen ihre Verbrechen nicht mehr bei verhaltenen Gesprächen im Kaffeehaus (obwohl es bestimmt einige noch tun). Die schiere Menge an Informationen und die Internationalisierung terroristischer Netzwerke mithilfe der modernen Telekommunikation stellt die nationalen Sicherheitsbehörden vor enorme Probleme, allein schon von den Ressourcen her. Das Abfangen und richtige Auswerten dieses Datenverkehrs steht jedoch im Mittelpunkt der globalen Terrorismusbekämpfung.

Nun wissen wir aufgrund der hitzigen öffentlichen Debatte infolge der Snowden-Enthüllungen nur zu gut, dass die Frage, in welchem Umfang der Staat bei der Gewinnung von Informationen in die Privatsphäre seiner Bürger eindringen sollte, immer strittig bleiben wird. Einige, in der Regel diejenigen mit einem fundierteren Verständnis von dem Potenzial und der Gefahr des ausgeklügelten modernen Terrorismus, würden sich bei der Erkenntnisgewinnung im Namen der öffentlichen Sicherheit weniger Beschränkungen wünschen. Andere wiederum, für gewöhnlich solche, die für den Schutz der Allgemeinheit keine Verantwortung tragen und es sich leisten können, die Frage aus einem vor allem philosophischen oder legalistischen Blickwinkel zu betrachten, sind der Ansicht, dass es bei der Gewinnung von Erkenntnissen viel weiter reichende Beschränkungen geben sollte. Dagegen gibt es nur wenige, ja sehr wenige, die die Maximalposition einnehmen, dass es nämlich überhaupt keine Gewinnung von Erkenntnissen oder alternativ überhaupt keine Beschränkungen bei deren Gewinnung geben sollte.

Die Regierungen unserer beiden Länder haben sich in den letzten Monaten mit diesem Problem auseinandersetzen müssen. Übrigens sind es ausschließlich liberal-demokratische Staaten, die sich überhaupt mit diesem Problem auseinandersetzen würden: In den autoritären Systemen, die den Terrorismus hervorbringen, vor dem wir uns zu schützen versuchen, würde ein solcher Streit gar nicht erst geführt. Doch wie Aharon Barak, der frühere Präsident des Obersten Gerichtshofs Israels, im Jahr 2005 so treffend bemerkte, bekämpfen Demokratien den Terrorismus mit einem hinter ihrem Rücken festgebundenen Arm.

Australien hat den Fortgang dieser Debatte in den Vereinigten Staaten genau verfolgt und ich habe die Presidential Policy Directive von Präsident Obama vom 17. Januar sorgfältig studiert und während meines Besuchs in Washington viele Gespräche darüber geführt. Australien begrüßt die in der Direktive vorgenommene Klarstellung zu der amerikanischen Politik bei der Erkenntnisgewinnung. Das bedeutet natürlich nicht, dass Australien diese politischen Entscheidungen zwangsläufig eins zu eins übernehmen müsste. Jedes Land hat die ihm eigenen Bedürfnisse und Verhältnisse.

In der Welt nach Snowden gibt es eine Sache, auf die es nach wie vor entscheidend ankommt, ja die noch entscheidender geworden ist, nämlich dass langjährige Verbündete weiterhin an ihrer engen Zusammenarbeit bei der Gewinnung und dem Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse festhalten. Gemeinsam mit unseren Freunden im Vereinigten Königreich, Kanada und Neuseeland gehören Australien und die USA jenem Quintett westlicher demokratischer Staaten an, die in solchen Fragen seit vielen Jahren vertrauensvoll zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit muss

ohne Beeinträchtigung durch den Fall Snowden und seine Nachwirkungen fortgesetzt werden, und ich bin zuversichtlich, dass sie es auch wird.

Ich werde im Laufe meiner Ausführungen nicht versuchen, die mit der Informationsgewinnung verbundenen tiefgehenden ethischen und rechtlichen Fragen anzugehen, geschweige denn zur amerikanischen Innenpolitik Stellung zu beziehen. Als Rechtsanwalt habe ich einen eingefleischten Respekt vor ordnungsgemäßen Verfahren und bürgerlichen Freiheitsrechten. Ich muss jedoch offen gestehen, dass ich als Minister, der innerhalb des australischen Systems für die innere Sicherheit verantwortlich ist, immer konservativer werde, je mehr Informationen ich lese. Je genauer ich begreife, welche Fähigkeiten Terroristen besitzen, um der Überwachung zu entgehen, desto mehr möchte ich die Gewissheit haben, dass dort, wo unsere Behörden in die Schranken gewiesen werden, die Bedrohung der bürgerlichen Freiheitsrechte real und nicht rein theoretisch ist.

Ich möchte nun auf einige der politischen Fragen eingehen, mit denen wir bei der Beschaffung und Verwendung von Informationen zur Verteidigung unserer Bevölkerung vor dem Terrorismus konfrontiert sind. Diese Fragen zeigen alle, wie eminent wichtig es ist, dass Australien und die Vereinigten Staaten weiterhin eng und partnerschaftlich zusammenarbeiten, wie sie es auch in der Vergangenheit stets getan haben.

Durch die Ereignisse vom 11. September 2001 haben sich die Verhältnisse bei der Terrorismusbekämpfung grundlegend geändert. Unter den vielen Menschen, die an diesem Tag ums Leben kamen, befanden sich zehn Australier. Das ist zwar nichts im Vergleich zu der Zahl der amerikanischen Opfer, zeigt aber, dass es sich hierbei auch um einen Angriff auf Australien handelte – so wie auch auf Dutzende andere Staaten, deren Bürger an jenem Tag ermordet wurden. Dies hatte zur Folge, dass unsere nationalen Sicherheitsphilosophien grundlegend in Frage gestellt wurden.

Durch einen seltsamen Zufall befand sich der damalige australische Premierminister John Howard an jenem 11. September in Washington, um den 50. Jahrestag des ANZUS-Abkommens zu begehen, dem Grundstein unseres Bündnisses, das zwischen der Regierung Truman und der Regierung Menzies ein halbes Jahrhundert zuvor ausgehandelt worden war. Drei Tage später, als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September, berief sich das australische Kabinett erstmals auf Artikel IV des ANZUS-Abkommens und signalisierte damit Australiens Absicht, die USA bei ihren Bemühungen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, zu unterstützen. Dabei erklärte Premierminister Howard, die Terroranschläge seien nicht nur ein Angriff auf die USA, sondern auch auf Australien und letztlich auf andere Staaten des Westens allgemein.

Kaum einen Monat später, am 17. Oktober 2001, zehn Tage, nachdem die USA den Beginn der Operation „Enduring Freedom“ gegen die Truppen der Taliban in Afghanistan angekündigt hatten, stellte Premierminister Howard 1550 australische Soldaten zur Unterstützung des internationalen Einsatzes bereit. Durch unsere Partnerschaft in Afghanistan und im Irak wurde die Zusammenarbeit zwischen Australien und den Vereinigten Staaten auf eine neue Stufe gestellt. In einem Bericht vom Juli 2003 stellte das Australian Strategic Policy Institute (ASPI) fest:

„Die Ereignisse vom 11. September markieren einen entscheidenden Wendepunkt in der Dynamik der Beziehungen zwischen den USA und Australien, mit einer deutlich stärkeren Tendenz zu einem noch tiefergehenden und engeren Bündnis als bisher.“

Gut ein Jahrzehnt nach den Anschlägen vom 11. September begannen einige Kommentatoren zu behaupten, dass der Terrorismus keine so große Bedrohung für die nationale Sicherheit mehr darstelle wie früher. Diese Sichtweise ist sehr vereinfachend und schlichtweg falsch. Auch wenn einiges darauf hindeutet, dass bei den Taktiken und Methoden des Terrorismus eine Verschiebung von großangelegten Anschlägen im Stile des 11. September hin zu kleineren, unterschiedlich ausgeführten Einzeltäter-Anschlägen stattfindet, so ist ein solcher etwaiger Wandel in der Taktik der Terroristen nicht gleichzusetzen mit einer Abnahme der terroristischen Bedrohung.

In Wirklichkeit stellt eine solche Änderung der Taktik die Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste vor erhebliche neue Probleme, wenn es um die Identifizierung von Einzeltätern geht, die aufgrund ihrer eigenständigen Aktivitäten seltener die Aufmerksamkeit der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in der Planungsphase ihrer Anschläge auf sich ziehen. Solche Taktiken wurden uns letztes Jahr in Boston wie auch in Großbritannien anschaulich demonstriert.

Die Länder müssen weiter bei der Bekämpfung der weltweiten terroristischen Bedrohung, wo auch immer sie ihren Ursprung hat, zusammenarbeiten und dürfen bei Bedrohungen und Gefährdungen nicht einfach zwischen örtlich und international trennen. Es deutet sehr viel darauf hin, dass „einheimische“ oder regionale Bedrohungen durch Ereignisse oder Gruppierungen aus dem Ausland beeinflusst oder sogar direkt gefördert werden.

Stärker als jeder andere Konflikt der letzten Zeit verdeutlichen Syrien – und die terroristischen Aktivitäten und Ausbildungsmaßnahmen, die im Schatten des syrischen Bürgerkriegs stattfinden –, dass die globale Gefahr des Terrorismus nicht nur unvermindert anhält, sondern dass sie sich weiter wandeln und auf kurze bis mittlere Sicht eine Reihe von Altlasten hinterlassen wird. Terroristen werden sich weiter anpassen und auf neue Technologien und ein sich veränderndes, instabiles globales Umfeld setzen.

Da sich die Taktik und Einsatzdoktrin der Terroristen wandelt, müssen die Sicherheitsbehörden Fähigkeiten aufbauen und aufrechterhalten, um der anhaltenden Bedrohung wirksam zu begegnen.

Ich muss Ihnen leider sagen, dass Australien zu den Ländern gehört, die unter den Ländern außerhalb der Region pro Kopf die meisten Auslandskämpfer zum Syrien-Konflikt beisteuern. Am 3. Dezember 2013 wurden zwei Männer aus Sydney verhaftet und wegen Delikten im Zusammenhang mit dem Auslandskampf („foreign incursion“) angeklagt. Dies geschah im Rahmen von Ermittlungen des Joint Counter Terrorism Team, die von der australischen Polizei und den australischen Behörden durchgeführt wurden, die die von Australien aus betriebene Anwerbung von Terroristen und die Begünstigung und Finanzierung terroristischer Aktivitäten in Syrien weiter überwachen.

Wir wissen auch, dass Australier in diesem Konflikt Führungsaufgaben übernehmen. Dies zeigt, dass wir als Staat dieses Problem frühzeitig angehen müssen, um zu verhindern, dass einzelne Personen sich auf den Weg machen, um an diesem oder anderen Konflikten im Ausland teilzunehmen. Natürlich ist das weder für Australien noch für andere Länder etwas Neues. Zwischen 1990 und 2010 haben die australischen Behörden gegen mindestens 30 Australier ermittelt, die in Konfliktgebiete wie Pakistan und Afghanistan gereist waren, um mit anderen Extremisten zu trainieren oder zu kämpfen. 19 davon waren nach ihrer Rückkehr in sicherheitsgefährdende Aktivitäten in Australien verwickelt und acht wurden in Australien terrorismusbezogener Delikte für schuldig befunden und zu bis zu 28 Jahren Haft verurteilt.

Das Problem ist also nicht neu, sein Ausmaß aber schon. Die Zahl der Australier, die am Konflikt in Syrien teilnimmt, ist höher, als wir es bei früheren Konflikten erlebt haben; man geht davon aus, dass zwischen 120 und 150 Australier in den Großraum Syrien gereist sind, um an dem Konflikt teilzunehmen. Mitte 2013 setzte der Konflikt neue Maßstäbe, da die Zahl der ausländischen Kämpfer nunmehr höher lag als in jedem anderen muslimischen Konflikt der neueren Geschichte.

Die australische Regierung erwägt derzeit eine Reihe von Maßnahmen, um Australier davon abzubringen und ihnen jeglichen Anreiz zu nehmen, nach Syrien zu reisen und dort am syrischen Bürgerkrieg teilzunehmen und sich ausbilden zu lassen. Diese Maßnahmen lassen sich grob in vier Rubriken einteilen:

1. **Unterbindung** — Personen sollen daran gehindert werden, dass sie ausreisen oder anderen die Ausreise ermöglichen oder anderweitig den Konflikt unterstützen;
2. **Reaktion** — Es soll Personen nachgegangen werden, die nach Syrien gereist sind;
3. **Risikomanagement** — Steuerung des Risikos, das von denjenigen ausgeht, die an der Ausreise gehindert wurden oder die ausgewandert und zurückgekehrt sind;
4. **Prävention** — Verkleinerung des Kreises von Menschen, die eine Ausreise oder Teilnahme am Konflikt erwägen könnten.

Ich kann nicht genug betonen, dass das internationale Engagement, die Erkenntnisgewinnung und der Austausch von Informationen dafür weiterhin unerlässlich sind.

Der syrische Bürgerkrieg ist insofern von Bedeutung, weil sich Syrien nicht nur zu einem der wichtigsten Zentren terroristischer Aktivität entwickelt hat, sondern weil er uns auch daran erinnert, wie verbreitet, wie mobil und wie besessen der moderne islamistische Terrorismus ist. Zugleich führt er der demokratischen Welt einmal mehr die Hartnäckigkeit der terroristischen Bedrohung vor Augen. Dieses Problem wird nicht einfach so verschwinden und die friedvollen Völker dürfen sich niemals selbstzufrieden zurücklehnen oder die vom Terrorismus ausgehende Bedrohung aus dem Blickfeld verlieren. Sie müssen in ihrem gemeinsamen Bemühen, ihn zu besiegen, wachsam, engagiert und kooperativ bleiben.

Was bedeutet dies für unsere Zukunft? Prognosen sind der Versuch, die Zukunft anhand von Ausläufern der Vergangenheit und Ereignissen der Gegenwart vorauszusagen. Doch verläuft Geschichte nie linear, und oft sind es zufällige, unvorhersehbare Ereignisse, die den Lauf der Geschichte verändern. Denken Sie an den 28. Juni 1914 in Sarajewo oder eben an den 11. September 2001 in New York und Washington. Manche Leute nennen diese Ereignisse „schwarze Schwäne“. Obwohl wir ihr Auftreten im Nachhinein rechtfertigen, verändern sie grundlegend unsere Risikokalkulation. „Unbekannte Unbekannte“, wie Donald Rumsfeld vielleicht gesagt hätte.

Ich glaube, dass Australien und die Vereinigten Staaten besser denn je gerüstet sind, um sowohl auf vorhersehbare als auch zufällige Widrigkeiten zu reagieren. Durch die Erfahrungen aus Ereignissen wie denen vom 11. September sind unsere nationalen Sicherheitsstrukturen flexibler geworden, unsere Verfahren zum Informationsaustausch verfeinert worden und unsere Politik konzentriert sich nunmehr darauf, unsere Widerstandskraft zu stärken und Präventionsstrategien umzusetzen, anstatt nur Einzelbedrohungen zu begegnen oder auf Ereignisse lediglich zu reagieren, nachdem sie bereits stattgefunden haben.

Wir müssen sicherstellen, dass unsere Regelungen, Fähigkeiten, Gesetze und Beziehungen wirklich gut entwickelt sind und gepflegt werden, um so in der Lage zu sein, mit dem künftigen Sicherheitsumfeld in unserem Land, das geprägt ist durch bekannte Risiken wie auch unbekanntere Eventualitäten, zurechtzukommen.

Die von mir beschriebenen Gefahren sind der entscheidende Grund dafür, warum die Kompromittierung unserer Geheimdiensttätigkeit durch Edward Snowden den Interessen unserer beiden Länder so nachhaltig geschadet hat. Dabei haben die Enthüllungen von Snowden in zweierlei Hinsicht enormen Schaden verursacht. Die Offenlegung geheimdienstlicher Informationen hat unseren Interessen zweifellos enorm geschadet. Nicht minder beunruhigend – ja vermutlich noch schädlicher – war aber, was mit diesen Enthüllungen möglicherweise über unsere Fähigkeiten preisgegeben wurde. In den letzten Jahren ist das Problem der Fähigkeitslücke („going dark“) zur Sprache gekommen. „Going dark“ bezieht sich nicht auf das Fehlen einer rechtlichen Befugnis, Überwachungen durchzuführen, sondern auf die praktischen Schwierigkeiten, an Informationen zu gelangen.

Personen, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen, nutzen offengelegte Informationen, um ihre Methoden zu verbessern und der Aufdeckung durch unsere Behörden zu entgehen. Analog nutzen Kriminelle die Informationen, um nicht aufgedeckt zu werden und sich der Strafverfolgung zu entziehen. Fähigkeiten, die vielleicht über Jahrzehnte aufgebaut wurden und über einen sehr langen Zeitraum nutzbar sein sollten, könnten so über Nacht verloren gehen. Fähigkeiten nach einem Rückschlag zu ersetzen, ist ein langwieriges Unterfangen und mit erheblichen Kosten verbunden. Der durch die Snowden-Enthüllungen angerichtete Schaden wird noch für eine nicht absehbare Zeit zu spüren sein.

Ich weiß, dass manche Leute naiv behaupten, Snowden sei ein Whistleblower. Diese Behauptung ist grundfalsch. Wie der leitende Redakteur des *Economist*, Edward Lucas, in seinem kürzlich erschienenen Buch *Die Snowden-Operation* darlegt, erfüllt Snowden keines der für einen Whistleblower geltenden Kriterien. Nach einer weithin anerkannten Liste von Merkmalen, die vom Princeton-Professor Rahul Sagar in seinem Buch *Secrets and Lies* entwickelt wurde, existieren drei Hauptkriterien, um als Whistleblower zu gelten.

Erstens muss ein Whistleblower klare und überzeugende Beweise für einen Missbrauch haben.

Zweitens darf mit der Preisgabe der Information nicht die öffentliche Sicherheit unverhältnismäßig gefährdet werden.

Drittens muss die offengelegte Information in Umfang und Ausmaß so weit wie möglich beschränkt werden.

Lucas kam zu dem Schluss: „*Snowden hat keines dieser Kriterien erfüllt*“. Dem stimme ich zu.

Snowden ist kein echter Whistleblower. Und auch wenn sich die leichtgläubige, von Selbsthass zerfressene Linke oder die anarcho-libertäre Rechte nach besten Kräften bemühen, ihn zu romanalisieren, ist er ebenso wenig eine Art Volksheld. Er ist ein Verräter. Er ist ein Verräter, weil er in einem kaltblütigen und berechneten Akt unser Land angegriffen und dabei dessen Fähigkeit, sich vor seinen Feinden zu schützen, erheblich beeinträchtigt hat, wodurch er wiederum das Leben unserer Bürger in Gefahr gebracht hat. In diesem Zuge hat er zugleich die nationale Sicherheit der engsten Verbündeten Amerikas, darunter die Australiens, aufs Spiel gesetzt..

Ich schließe mich deshalb der Einschätzung von Hillary Clinton an, die kürzlich zu Snowdens Verhalten Folgendes sagte:

„Es bringt das Leben von Menschen in Gefahr, gefährdet unsere nationale Sicherheit und untergräbt unsere Anstrengungen, mit anderen Ländern zur Lösung gemeinsamer Probleme zusammenzuarbeiten.“

Trotz dieser Bedrohungen und Rückschläge ist es nach wie vor so, dass freiheitliche Demokratien wie die USA, Großbritannien und Australien bei der Wahrung von Werten wie den individuellen Freiheitsrechten eine Vorreiterrolle spielen.

Vor allem müssen sich die grundlegenden Prinzipien von Regierungen, die für individuelle Freiheitsrechte eintreten und die nationale Sicherheit gewährleisten, nicht gegenseitig ausschließen. Vielmehr sollten sie als komplementär angesehen werden – ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. In seiner Jefferson-Ansprache in Virginia am 4. Juli 1963 mit dem Titel „The Battle for Freedom“ sagte der australische Premierminister Sir Robert Menzies Folgendes:

„Die amerikanische Geschichte hat beide Konzepte miteinander in Einklang gebracht. Denn es war gerade in den turbulenten Jahren des 20. Jahrhunderts unser glorreiches Schicksal, ein System entwickeln zu müssen, in dem die staatliche Macht aus einem leidenschaftlichen und Jeffersonschen Glauben an die Freiheit des Einzelnen heraus erwachsen ist.“

Diese Haltung sollte der Ausgangspunkt einer jeder Debatte über die ewige Frage sein, wo insbesondere in Zeiten der Bedrohung oder Gefahr die Balance zwischen dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und der Freiheit des Einzelnen liegen soll. Und es sind nach wie vor die freiheitlichen Demokratien, die heute in dieser Frage die richtige Balance herstellen. Ganz gleich, um welche Zeit es geht: Die stabilsten, offensten und transparentesten Länder sind freiheitliche Demokratien und nicht autoritäre Regime.

Viele Bedrohungen, denen wir heute gegenüberstehen, sind Abwandlungen bekannter Themen – militärische Konflikte, Terrorismus, Kriminalität oder Spionage. Doch Globalisierung und technologischer Fortschritt haben dazu geführt, dass sich die Bedrohungen gewandelt haben und dass es nun um die internationale Sicherheit geht, nicht nur die nationale Sicherheit. Und auch hier können wir davon ausgehen, dass sie sich weiter wandeln werden. Höchstwahrscheinlich auf eine Art und Weise, die wir heute nicht komplett voraussehen können.

Wie können wir angesichts sich stets verändernder Umstände also bei der Gestaltung unseres nationalen Sicherheitsumfelds wirklich etwas verbessern?

Zunächst müssen wir uns klar werden, dass kein Staat, egal wie groß oder mächtig, Bedrohungen der globalen Sicherheit allein unterbinden oder verhindern kann. Wir müssen weiterhin zusammenarbeiten und umfassende Partnerschaften aufbauen, um der Bedrohung durch diejenigen zu begegnen, die uns Schaden zufügen würden, egal ob offline oder online. Unsere Stärke liegt in unseren Bündnissen und Beziehungen mit engen und vertrauten Partnern. Ich glaube, dass es für Australien keinen wichtigeren Partner als die USA gibt und dass die USA keinen verlässlicheren oder besseren Freund als Australien haben.

Bei dieser Partnerschaft können wir es uns allerdings nicht leisten, auf Bedrohungen nur zu reagieren. Im derzeitigen globalen Umfeld, das heißt in der Zeit nach Snowden, besteht die Gefahr, dass demokratische Staaten eine abwartende Haltung einnehmen. Wir können es uns nicht leisten, bis zum nächsten weltverändernden Ereignis zu warten und dann zu bekennen, wie sehr es früheren Geschehnissen wirklich ähnelte – dies würde lediglich unseren Gegnern in die Hände spielen, würde uns höchstwahrscheinlich auf lange Sicht teurer kommen und die individuellen Freiheitsrechte gefährden, für die wir so hart gekämpft haben.

Die australische Regierung setzt sich entschieden dafür ein, dass die staatlichen Sicherheitsbehörden in Australien über die notwendigen Ressourcen verfügen, um auch weiterhin die bisher gesehenen beachtlichen Resultate zu erzielen, wenn es um den Schutz unserer grundlegendsten Menschenrechte geht – nämlich des Rechts unserer Bürger auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Wir müssen kontinuierlich daran arbeiten, die Lücken zwischen technologischem Fortschritt und Politik zu schließen. Dies gilt für jede Art der Regierungsarbeit, besonders aber auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit. In dem Maße, in dem die von Terroristen, Spionen und organisierten Kriminellen eingesetzten Technologien sich anpassen und weiterentwickeln, müssen es auch die Fähigkeiten und Kompetenzen unserer Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden tun. Allerdings ist dabei stets darauf zu achten, dass die Mittel in einem angemessenen Verhältnis zur Bedrohung stehen und die Kontrollmechanismen kontinuierlich überprüft und aufrechterhalten werden.

Unsere Länder haben zwar unterschiedliche Systeme, doch bekennen wir uns gleichermaßen zu den individuellen Freiheitsrechten. Fortschritte in diesem Bereich müssen nicht mit einer Verminderung unserer kollektiven Sicherheit einhergehen, sondern können für eine geeignete Kontrolle und möglichst geringe Eingriffe in die Rechte des Einzelnen sorgen.

In einem Interview aus dem Jahr 2005 sagte der ehemalige Nationale Sicherheitsberater der USA, Brent Scowcroft:

„Amerika hat sich nie als Nationalstaat wie alle anderen verstanden, sondern eher als Experiment in Sachen menschliche Freiheit und Demokratie.“

Australien ist eine viel jüngere Nation als die USA, doch haben sich unsere Gesellschaften aus gemeinsamen Traditionen heraus entwickelt. Wir teilen die gleichen grundlegenden demokratischen Werte. Premierminister Tony Abbott sagte über die Vereinigten Staaten während des Australien-Besuchs von Präsident Obama im Jahr 2011: *„Kein Land der Erde hat mehr für die Welt getan“*.

Für beide von uns stehen die Freiheit wie auch die Sicherheit unserer Völker im Mittelpunkt nationaler Politik. Wir Australier werden weiterhin in enger Partnerschaft mit unseren amerikanischen Freunden und Verbündeten zusammenarbeiten, um diese Werte zu schützen und denjenigen, die es sich zur Aufgabe machen, unsere Freiheiten zu zerstören und unsere Demokratie zu Fall zu bringen, einen Riegel vorzuschieben.

Denn als Australier und Amerikaner, deren Gesellschaften und Systeme sich auf die Werte und den Optimismus der Aufklärung gründen, wissen wir beide, dass wir uns gegen die dunklen Mächte, die darauf aus sind, uns Schaden zuzufügen, stets durchsetzen werden.

© Copyright Attorney-General's Department 2013

Quelle: George Brandis: Securing Our Freedoms (Rede vor dem Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., 8.4.2014). <http://www.attorneygeneral.gov.au/Speeches/Pages/2014/Second%20Quarter%202014/8April2014SecuringourFreedoms.aspx> (10.5.2015)

Dokument 4:

REPRÄSENTANTENHAUS

GESETZENTWÜRFE

Gesetzentwurf zur Änderung der Rechtsvorschriften zur Terrorismusbekämpfung (Nr. 1) 2014

REDE

Montag, 1. Dezember 2014

KRAFT GENEHMIGUNG DES REPRÄSENTANTENHAUSES

Montag, 1. Dezember 2014 REPRÄSENTANTENHAUS 13711

KAMMER

REDE

Datum: Montag, 1. Dezember 2014 Quelle Repräsentantenhaus

Seite 13711 Überprüft Nein

Fragesteller Antwortender

Redner: Danby, Michael, MP Frage Nr.

Herr DANBY (Melbourne Ports) (17:21 Uhr): Sobald man hier hereinkommt und 100 000 Wähler und ihre Familien vertritt, spürt man die Verantwortung, die einem auf den Schultern lastet. Sie tut es deshalb, weil in diesem Raum die von uns getroffenen Entscheidungen sich unmittelbar auf die Sicherheit und Unversehrtheit derjenigen auswirken, die uns beauftragt haben, hier zu sein. Das Parlament hat die Pflicht, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um Australiens Bilanz bei der Verhinderung erfolgreicher Terroranschläge auf dem australischen Festland zu konsolidieren und Australier an der Verübung von Terroranschlägen im Ausland zu hindern und sie notfalls dafür zu bestrafen.

Letzten Monat wurde der Gesetzentwurf zu Auslandskämpfern (Foreign Fighters Bill) an den Gemischten Parlamentarischen Ausschuss über nachrichtendienstliche Erkenntnisse und Sicherheit (Parliamentary Joint Committee on Intelligence and Security) überwiesen, der daraufhin 15 Empfehlungen zu der Vorlage formulierte. Ich muss vielen Mitgliedern mein Lob aussprechen, darunter dem Abgeordneten des Wahlkreises Hughes, der soeben das Wort hatte, und den Abgeordneten der Wahlkreise Isaacs, Berowra und Holt, die darauf hinwiesen, dass nach Ansicht des Gemischten Ausschusses der Gesetzentwurf folgendermaßen geändert werden sollte: Die australische Bundespolizei (Australian Federal Police – AFP) sollte dem Attorney-General eine Zusammenfassung des Sachverhalts vorlegen müssen, wenn sie die Zustimmung zur Erwirkung einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung einholen möchte, darunter auch Sachverhalte,

die zeigen, warum eine solche Verfügung nicht erlassen werden sollte; es sollte das Erfordernis beibehalten werden, dass die AFP dem anordnenden Gericht gegenüber in einem Entwurf einer Kontrollverfügung (draft order) die jeweiligen Gründe darlegt, da der Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Fassung die gerichtliche Kontrolle faktisch beschränkt hätte, schließlich hätte die AFP die Kontrollverfügung insgesamt nicht rechtfertigen müssen; der Zeitraum für die Unterrichtung des zuständigen Ministers soll verkürzt werden, wenn Behörden Sofortgenehmigungen erteilen; schließlich sollte die Regierung möglichst rasch einen neuen Unabhängigen Beobachter zur Überwachung der nationalen Sicherheitsgesetze (Independent National Security Legislation Monitor) einsetzen. Dies sind vernünftige Vorschläge von Mitgliedern des Geheimdienstausschusses von allen Seiten des Parlaments, die besonnen für die Interessen ihrer Wähler eintreten. Sie gehören nicht zu denen, die auf Kosten des gemeinsamen Wohls ihrer australischen Mitbürger politisch Kapital schlagen wollen.

Mein Kollege Mark Dreyfus, der frühere Attorney-General und Vertreter des Wahlkreises Isaacs, sagte heute in diesem Haus:

„Mit den Empfehlungen werden bei den Entscheidungsprozessen der nationalen Sicherheitsbehörden Verantwortlichkeit und Transparenz gestärkt. Die Empfehlungen werden auch dafür sorgen, dass beantragte Kontrollverfügungen eingehend und in geeigneter Weise geprüft werden.“

Ich betone erneut, dass es sich hier um besonnene Maßnahmen der etablierten politischen Parteien handelt – worauf ich noch zurückkommen möchte, wenn ich auf den Beitrag des Abgeordneten aus Melbourne eingehe.

Es ist eine traurige Realität, dass eine Handvoll Australier, die in Australien geboren und aufgewachsen sind und hier erzogen, ja geprägt wurden, wie einer unserer Redner sagte, sich dazu entschlossen haben, nach Syrien und Irak zu reisen, um sich einer Gruppierung anzuschließen, die gefangengenommene Feinde enthauptet und Männer, Frauen und Kinder anderer Gruppierungen, die nicht in ihr perverses und pervertiertes Weltbild passen, einfach abschlachtet. Die Frauen und Kinder versklavt, um sie sexuell auszubeuten. Die diese Opfer gegeneinander eintauscht. Daesh tötet Menschen, die wegen Rauchens oder Musikhörens eingesperrt wurden. Sie zerstören systematisch jahrtausendealte muslimische Altertümer im ganzen Nahen Osten und haben dabei auch kürzlich das Grab des Jona in Mossul in die Luft gejagt – ein Grab, das über 1000 Jahre alt war. Es handelt sich um einen regelrechten Vormarsch der Barbaren.

Zehntausende Auslandskämpfer sind nach Syrien gereist, um zu kämpfen und zu töten. In ihrer Verblendung bilden sie sich ein, sie seien Soldaten. Sie sind es nicht. Sie haben weder die Professionalität noch einen Verhaltenskodex, wie ihn die Männer und Frauen in australischen Uniformen strikt und stolz einhalten. Diese Menschen glauben, sie führen Krieg für den Islam. Sie bringen Schande über die Namen großer Streiter des Islam wie Saladin und Kemal Atatürk, deren Ehre und ehrenhafte Behandlung ihrer Feinde selbst von ihren Gegnern gelobt wurde. Daesh stößt auf keinen großen Widerstand, wenn die Bewegung auf unbewaffnete Christen, Jesiden und Schiiten trifft. Sie werden einfach abgeschlachtet. Und dann prahlen sie mit ihrem abscheulichen Verhalten und ihren Opfern auf Facebook. Jetzt treffen sie auf die US-amerikanischen und australischen Luftstreitkräfte und auf heimische Kämpfer wie die kurdischen Peshmerga, die von unseren Spezialkräften beraten werden. So gut wie alle Abgeordneten dürften den Männern und Frauen der australischen Streitkräfte (Australien Defence Force – ADF) jeden erdenklichen Erfolg bei der Bekämpfung dieser IS-Kämpfer wünschen, ganz egal, wo sie herkommen, einschließlich jener vermaledeiten Gestalten aus unserem Land, die die Köpfe von Einheimischen hochhalten, die sie getötet haben, und die – schlimmer noch – ihre armen Kinder dazu ermutigen, es ihnen gleichzutun.

Die ADF wird seit Jahren mit Informationen der australischen Nachrichtendienste versorgt. Das hilft ihr bei ihrer Arbeit. Das Gesetz, wie es aktuell gilt und das mit dieser Novelle geändert werden soll, macht es dem Australian Secret Intelligence Service (ASIS) unnötig schwer, Informationen an die ADF zu übermitteln. Das Australian Signals Directorate (ASD) und die Defence Intelligence Organisation (DIO), die im Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministers liegen, haben solche Hürden nicht. Der ASIS hingegen, der im Zuständigkeitsbereich des Außenministers liegt, aber schon. All diese Organisationen sind auf der gleichen Seite. Wir in diesem Parlament sollten ihnen ihre Arbeit erleichtern. So stellte Mark Dreyfus in seiner Rede heute fest:

„Die Anstrengungen Australiens zur Bekämpfung des Terrorismus werden von unserer offenen, demokratischen Gesellschaft unterstützt. Unserer Gesellschaft wohnen Kräfte inne, die Australien gegen das polarisierende Weltbild von al-Qaida – und Daesh – resistent machen.“ Er sagte außerdem:

„Weitere Seiten in den Gesetzbüchern werden unsere Gesellschaft nicht widerstandsfähiger machen.“

Wir wissen aus Erfahrung, dass der terroristische Diskurs vielleicht bei einer kleinen Zahl von Australiern ankommt. Es liegt jetzt an allen Australiern, gemeinsam daran zu arbeiten, dass Ideologien, die Gewalt unterstützen, ganz gleich, wo sie entstehen oder welchen Zweck sie verfolgen, eine Abfuhr erteilt wird.

Loben muss ich hier insbesondere einige mutige Mitglieder der Muslimischen Gemeinschaft Sydneys, die an diesem Vorhaben zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit maßgeblich beteiligt waren. Der Aufbau einer solchen Widerstandsfähigkeit ist im Zusammenhang mit den Auslandskämpfern sogar noch wichtiger als damals, als das Weißbuch verfasst wurde. Es handelt sich um eine Bedrohung, die eindeutig zunimmt, schließlich haben wir nach Aussage des *Economist* etwa 250 Australier, die von diesem Land aus teilnehmen wollten oder die sich bereits dort befinden. Wir haben gesehen, welchen Schaden diese Art von Leuten anrichten kann, wie der Abgeordnete des Wahlkreises Berowra deutlich machte, als einer der Peiniger des Daesh im Libanon nach Belgien zurückkehrte und in der Hauptstadt dieses Landes vier Bürger ermordete.

Vergessen Sie nicht, warum wir das hier tun. Es wurden 88 Australier bei den Bombenanschlägen von Bali 2002 getötet; zehn bei den Anschlägen vom 11. September; drei bei den Bombenanschlägen in Jakarta 2009; es gab einen toten und neun verletzte Australier bei den Anschlägen 2005 in London; zwei, die bei dem Terroranschlag in Mumbai von Terroristen ermordet wurden; und einen Australier, Malki Roth, der 2001 in Jerusalem getötet wurde. Man denke nur an den 2013 veröffentlichten Bericht des Rates der australischen Regierungen (Council of Australia Governments), wonach 35 Australier wegen terrorismusbezogener Delikte angeklagt und 26 von ihnen verurteilt wurden. Wir haben also ein echtes Problem im Ausland und ein echtes Problem mit Australiern, die inzwischen davon betroffen sind.

Gott sei Dank hat es aufgrund der Arbeit dieses Parlaments, unserer Sicherheitsbehörden und unseres Militärs bislang keinen erfolgreichen Anschlag auf dem australischen Festland gegeben. Als Abgeordnete in beiden Kammern dieses großen Parlaments ist es unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass dies auch so bleibt, indem wir Gesetze verabschieden, die es der ADF, dem ASIS und anderen ermöglichen werden, zur Verhinderung solcher Vorfälle zusammenzuarbeiten. Das hier ist nicht Hollywood. Wir stützen unsere Analyse nicht, wie der Abgeordnete des Wahlkreises Melbourne zu glauben scheint, auf die Fernsehserie *Homeland*. Die vorgeschlagenen Änderungen haben nicht das Ziel, die Einsatzregeln der ADF zu ändern.

Der ehemalige Attorney-General und die Opposition haben mit großer Sorgfalt an der Gestaltung dieser und früherer Rechtsvorschriften gearbeitet, mit denen unsere Sicherheitsbehörden besser in die Lage versetzt werden, diese Terroristen auf wirksame und effiziente Weise zu stoppen, bevor sie dort hinfahren, oder Beweise für ihre Aktivitäten zu sammeln, während sie dort sind. Auf diese Weise können Leute, wenn sie vom Schlachtfeld zurückkehren und behaupten, sie seien aus humanitären Gründen in Syrien gewesen, mit der vollen Härte des australischen Gesetzes bestraft werden, was sie auch sollten. Warum in dieser

Frage Handlungsbedarf besteht, ergibt sich aus all den Gründen, die ich soeben dargelegt habe. Dazu gehören die vielen Australier, die bereits bei einigen der schrecklichen Vorfälle getötet worden sind, die vielen Menschen, die sich dort hinbegeben, um zu kämpfen, und das Vermögen unserer Gesetze – wie der Abgeordnete des Wahlkreises Berowra deutlich machte –, so viele dieser Leute, die solche Dinge womöglich in unserem Land anstellen würden, einer Rechtsordnung zu unterwerfen und sie zu verhaften, anzuklagen, vor Gericht zu stellen und sie schließlich zu verurteilen.

Zum Schluss gibt es aber noch einen Wermutstropfen. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade die Partei der Grünen gegen das vorgeschlagene Gesetz Sturm läuft. Ich finde, die Grünen scheinen automatisch in eine Art Pawlowschen Reflex zu verfallen, wenn die Aufklärungsfähigkeiten unseres Landes beeinträchtigt werden können. Politiker der Grünen wie etwa Senator Ludlam haben selbsternannte Hüter der Privatsphäre und des Vertrauens öffentlich unterstützt – Paradebeispiele moralischer Integrität wie Julian Assange. Erwartungsgemäß haben die Grünen während der Rückendeckung für Julian Assange und seinen Gesinnungsgenossen Edward Snowden kein einziges Beispiel für die Verletzung der Privatsphäre oder von Bürgerrechten in autoritären Ländern wie Russland vorgelegt. Herr Assange, der Held der Grünen, hatte eine eigene Sendung bei dem russischen Desinformationssender RT. Um Ihnen einen Eindruck von Inhalt und politischer Stoßrichtung zu vermitteln: In seiner ersten Sendung führte er ein Kuschelinterview mit dem gefürchteten Terrorchef der Hisbollah, Scheich Hussein Nasrallah.

Es ist schon eine köstliche Ironie, dass der andere Held der Grünen, Edward Snowden, lang und breit die exzessive Überwachung moniert und Rechenschaft fordert, sich dann aber ausgerechnet in Russland niederlässt. Er verlor jegliche Glaubwürdigkeit, als er vor einigen Monaten im russischen Fernsehen auftauchte und dem neuen russischen Zaren, Wladimir Putin, seinerseits eine abgesprochene, unverfängliche Frage stellte. Vielleicht glauben die Grünen, dass Russland in Wirklichkeit ein Hort der Menschenrechte ist. Zumindest Senatorin Rhiannon glaubte dies bestimmt. Ich fühle mich geehrt, dass Senator Ludlam den Grünen ein Redeverbot mit mir erteilt hat, weil ich auf die politische Gemeinsamkeit zwischen Senatorin Rhiannon und der Frau des rumänischen Diktators, Elena Ceausescu, hingewiesen hatte. Was ich ihr aber vor allem vorwerfe, ist dass sie sich nie von ihrer Mitgliedschaft und Mitwirkung in der prosowjetischen Kommunistischen Partei Australiens distanziert hat. Es war ein nahtloser Übergang zu den Grünen.

Natürlich können diejenigen, die es in diesem Parlament ernst meinen, darüber schmunzeln, welche Projektoren sich Snowden aussucht und dass Assange bei RT auftritt. Es fällt jedoch schwer zu glauben, dass wir in diesem Hause Parlamentarier haben, die sich gegen Gesetze sperren und die Bemühungen unserer

Streitkräfte und die Zusammenarbeit mit unseren Sicherheitsbehörden im Ausland durchkreuzen wollen. Ich denke, die Partei der Grünen sollte sich mehr Sorgen um diejenigen machen, die geköpft werden, als um die diejenigen, die die Schwerter tragen. In den 1930er Jahren hatten wir die Beschwichtigungspolitiker. 80 Jahre später haben wir die Grünen.

Ich habe in diesem Parlament mehrmals gefragt, warum sich Herr Snowden und warum sich die Grünen für die Veröffentlichung von Material aussprechen, wie Five Eyes, d. h. die westlichen Geheimdienste, den Telekommunikationsverkehr im Nordirak vor der Eroberung des Gebiets durch Daesh überwacht haben. Dies bedeutet eine massive Gefährdung der Sicherheit westlicher Zivilisten. Mit Privatsphäre hat dies nichts zu tun. Vorgebracht wurden diese Fragen von angesehenen Publikationen wie dem *Christian Science Monitor* oder der *Washington Post*. Ich fürchte, Daesh war infolge der Snowden-Enthüllungen in der Lage, seine Telekommunikationsmuster zu ändern, um der Überwachung durch die australischen Sicherheitsbehörden, die amerikanischen Sicherheitsbehörden und die britischen Sicherheitsbehörden zu entgehen. Deshalb wurde das Morden und das Chaos, mit dem sie den Nordirak überzogen haben, durch die völlig unnötigen Snowden-Enthüllungen über die Art und Weise unserer Überwachung des Telekommunikationsverkehrs terroristischer Organisationen im Nordirak faktisch begünstigt.

Dies ist ein Ort für ernste Debatten über ernste Angelegenheiten. Angelegenheiten wie die Verbesserung der Fähigkeiten unserer Sicherheitsbehörden bedürfen durchaus einer genauen Prüfung. Vorgenommen wurde diese Prüfung im Geheimdienstausschuss von ernstzunehmenden Leuten, die nun ins Parlament zurückgekehrt sind und ihre Empfehlungen vorgelegt haben. Ich gratuliere der Regierung und der Opposition zu ihrem pragmatischen und wohlüberlegten Vorgehen, darunter auch dem früheren Attorney-General für seine Zusammenarbeit mit dem amtierenden Attorney-General bei der Ausgestaltung dieser Gesetze und der Empfehlungen des Geheimdienstausschusses. Diese Angelegenheiten sind zu ernst, um sie den Sprachrohren von Assange, von Snowden und den Grünen zu überlassen, die wieder einmal gezeigt haben, dass sie an ihrer verantwortungslosen Haltung zum Thema nationale Sicherheit festhalten möchten. Was meinen wir eigentlich, wenn wir so hochtrabende Worte wie „nationale Sicherheit“ verwenden? Wir meinen die Sicherheit unschuldiger australischer Bürger – unserer Wähler, denen gegenüber wir verpflichtet sind, für sie zu sorgen und sie mithilfe geeigneter Maßnahmen vor Geschehnissen, wie sie ihnen im Ausland widerfahren sind, hier in Australien zu bewahren.

Es handelt sich hierbei um überlegte Schritte, die dafür sorgen sollen, dass die Menschenrechte aller Australier, allen voran das Recht auf Sicherheit, mit diesem zusätzlichen Rechtsakt gestärkt werden. Ich empfehle ihn dem Hohen Haus. Zugleich lobe ich die Regierung und viele der Redner, die auf unserer Seite waren, sowie auch die Opposition dafür, dass sie der Sicherheit und Unversehrtheit der Australier oberste Priorität einräumen und mit Bedacht auch Fragen wie bürgerliche Freiheitsrechte und Privatsphäre berücksichtigt haben, die vom Geheimdienstausschuss auch in sehr verantwortungsvoller Weise behandelt wurden.

Quelle: Michael Danby: Speech, House of Representatives, 1.12.2014. http://parlinfo.aph.gov.au/parlInfo/genpdf/chamber/hansardr/2d891fab-c2b5-41b4-967f-0b37fdb6fe7c/0168/hansard_frag.pdf;fileType=application%2Fpdf (21.5.2015)

Dokument 5:**Hintergrund: Australiens Verstrickung mit der NSA, der US-Spionagebehörde im Mittelpunkt des globalen Skandals**

Von [Tim Leslie](#) und [Mark Corcoran](#), ABC News

Aktualisiert am 19. Nov. 2013, 8:52 Uhr

Der Spionageskandal um den amerikanischen Auslandsaufklärungsdienst (National Security Agency – NSA) wurde ausgelöst durch die Veröffentlichung von Dokumenten durch den früheren NSA-Mitarbeiter Edward Snowden.

Diese Informationslecks sorgten für Entrüstung auf der ganzen Welt, darunter auch in Australien, wo die von Snowden veröffentlichten Dokumente zeigten, dass Australien im Rahmen eines gemeinsamen Geheimdienstprogramms mit den USA seine regionalen Nachbarn ausspionierte.

Warum hatte nun die Veröffentlichung so dramatische Auswirkungen auf die globalen Beziehungen, und was bedeutet dies für Australien?

Welches sind die wesentlichen globalen Entwicklungen in diesem Skandal?

Snowden, ein Computerexperte, der als Auftragnehmer für die NSA arbeitete, legte Einzelheiten über das Ausmaß der streng geheimen Überwachungsprogramme offen, die von den USA und ihren Verbündeten, darunter Australien und Großbritannien, betrieben wurden.

Da dies nur kurz nach dem WikiLeaks-Skandal geschah, leitete eine wütende US-Regierung eine weltweite Fahndung ein, um den Verantwortlichen für die Informationslecks zu ermitteln.

Snowden indessen war bei seiner Kommunikation viel diskreter vorgegangen und schaffte es bis Russland, wo er Asyl beantragte.

Seine Enthüllungen offenbarten zunächst das Ausmaß, in dem die USA Informationen über ihre eigenen Bürger sammelten, und ließen verbreitet Forderungen aufkommen, den Umfang der Geheimdienstüberwachung zu überdenken.

Der Skandal erlangte eine internationale Dimension, nachdem Behauptungen laut wurden, die NSA habe die Telefongespräche von 35 Regierungschefs überwacht, dabei auch das Mobiltelefon von Bundeskanzlerin Angela Merkel abgehört, und weltweit den elektronischen Datenverkehr in großem Stil ausgespäht.

Die Enthüllungen führten zu einer scharfen Zurechtweisung durch Frau Merkel, einer engen internationalen Verbündeten von US-Präsident Barack Obama, der abstreiten musste, dass ihm das Abhören von Merkels Telefon bewusst gewesen sei.

Später dann gerieten größere Technologieunternehmen wegen ihrer möglichen Mitwirkung an der Datensammlung ins Blickfeld; so wurde behauptet, die NSA und ihr britisches Gegenstück würden große Datenmengen von den Glasfaserkabeln abgreifen, die Internetgiganten wie Google und Yahoo für die Kommunikation zwischen ihren Zentren nutzen.

Diese Informationen würden demnach wohl in ein NSA-Programm namens XKeyscore eingespeist, das den Mitarbeitern der NSA erlaubt, eine große Menge von Online-Informationen zu durchforsten, die auf unterschiedliche Weise gesammelt wurden.

Einzelheiten zu XKeyscore ergeben sich aus von Snowden offengelegten Schulungsunterlagen, die zeigen, mit welcher Leichtigkeit die NSA Informationen über die Online-Aktivitäten einer Person sammeln kann, wenn sie Zugang zu deren E-Mail-Adresse hat.

Auf welche Weise ist Australien darin verwickelt?

Weitere von Snowden offengelegte Dokumente brachten Einzelheiten ans Licht, wie die australische Regierung durch den Einsatz von Horchposten, die in diplomatischen Vertretungen aufgestellt waren, den gesamten asiatisch-pazifischen Raum elektronisch ausspähte.

Ein diplomatischer Streit entbrannte in der Region, nachdem Fairfax Media in einem Bericht eine streng geheime Karte veröffentlicht hatte, auf der 90 Überwachungsanlagen der USA in diplomatischen Vertretungen der ganzen Welt aufgeführt waren – darunter in Kambodscha, China, Indonesien, Malaysia, Myanmar und Thailand.

Zu weiteren peinlichen Enthüllungen kam es durch die [Veröffentlichung streng geheimer Dokumente](#) aus dem von Edward Snowden zugespielten Material durch ABC und *The Guardian Australia*. Sie brachten Einzelheiten über eine australische Geheimdienstoperation ans Licht, bei der im August 2009 das Mobiltelefon des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono 15 Tage lang überwacht wurde.

Diese Dokumente deuten darauf hin, dass der australische Geheimdienst eine langfristige Strategie verfolgte, bei der die Telefongespräche des Präsidenten kontinuierlich überwacht werden sollten. Auf der zugespielten Liste mit dem Namen „Leadership Targets“ befanden sich auch die Frau des Präsidenten, der aktuelle und der ehemalige Vizepräsident Indonesiens und weitere Schlüsselfiguren aus dem engeren Kreis des Präsidenten.

Durchgeführt wurde die Geheimdienstoperation durch das Australian Signals Directorate (ASD).

Der führende Geheimdienstexperte und Autor, Professor Des Ball von der Australian National University, sagt, [Australien sei Vertragspartei der UKUSA-Vereinbarung](#), auch bekannt unter dem Namen „Five Eyes“, mit der die Welt in Erfassungszonen eingeteilt werde. Australien sei für einen Raum verantwortlich, der vom mittleren Indischen Ozean über den westlichen Pazifik und dann nordwärts bis ins südliche China reiche.

Die UKUSA-Vereinbarung geht zurück auf den Austausch von Erkenntnissen zwischen den USA und dem Vereinigten Königreich im Zweiten Weltkrieg und wurde später auf Australien, Kanada und Neuseeland ausgeweitet.

Ihre Existenz war angeblich so geheim, dass die Premierminister bis 1973 von der Vereinbarung nichts wussten – bis zu dem Jahr also, in dem die Commonwealth Police im Zuge einer Umstrukturierung der Sicherheitsbehörden die ASIO-Zentrale stürmte.

Professor Ball zufolge bezieht die NSA Informationen von [vier zentralen Einrichtungen in Australien](#), die Teil des XKeyscore-Programms sind.

Ein von Snowden zugespieltes NSA-Dokument erwähnte konkret Operationen, die in „diplomatischen Einrichtungen Australiens“ stattfanden; dem Dokument zufolge hat das ASD die Horchposten ohne Wissen der meisten dort stationierten Diplomaten von den Botschaften aus betrieben.

Außerdem wurde bekannt, dass Australien und die USA den 2007 auf Bali stattgefundenen Klimagipfel dazu nutzten, Telefonnummern indonesischer Sicherheitskräfte zu sammeln.

Einzelheiten dazu fänden sich in einem im Januar 2008 erstellten Bericht der australischen NSA-Dependance in Pine Gap, einer Einrichtung, die gemeinsam mit der CIA und dem australischen Verteidigungsministerium betrieben wird.

Was ist das Australian Signals Directorate?

Auch wenn einem beim Gedanken an australische Geheimdienste meist ASIO und ASIS in den Sinn kommen, betrifft der Überwachungsskandal um die NSA das Australian Signals Directorate (ASD) – eine Organisation innerhalb des Verteidigungsministeriums.

Mit mehr als 2000 militärischen und zivilen Mitarbeitern und einem geheim gehaltenen Haushalt, der mehrere hundert Millionen Dollar im Jahr übersteigen soll, ist das ASD der größte und am wenigsten zugängliche Nachrichtendienst Australiens.

Doch diese geheimnisvolle Welt hat weniger etwas von James Bond als vielmehr von Mathematikern, schließlich beschäftigt das ASD Techniker, Auswerter, Codeknacker und Sprachexperten, die letztlich so etwas wie einen riesigen digitalen Staubsauger bedienen, der Daten aus der Ionosphäre und aus Kabelnetzen aufsaugt.

Von Telefongesprächen bis fast schon gegenstandslosen Faxen: Das ASD hat die Fähigkeit, all dies zu sehen, zu hören oder zu lesen.

Sein Netzwerk umfasst große Anlagen nahe Geraldton, Darwin und Canberra, verborgene Abhörstationen innerhalb der australischen Botschaften und Konsulate im gesamten asiatisch-pazifischen Raum und aus der Ferne betriebene Außenposten in Bamaga an der Spitze von Cape York und auf den Kokosinseln.

Das ASD verfügt außerdem über ein Team in Pine Gap, der in Zentralaustralien gelegenen US-Einrichtung, die gemeinsam von NSA und CIA betrieben wird.

Mit Anbruch des digitalen Zeitalters wurden die Fähigkeiten des ASD nur noch verstärkt und das Ausmaß seiner Datensammlung gesteigert, wozu angeblich Bestände mit erfassten Metadaten in

einer eigens dazu errichteten Anlage des ASD in der Marineeinrichtung HMAS Harman nahe Canberra gespeichert und verarbeitet wurden.

Das ASD wird von vielen hochrangigen Beamten in Washington als Canberras wertvollster Beitrag zur strategischen Allianz zwischen den USA und Australien angesehen.

Das Motto des ASD lautet „Ihre Geheimnisse lüften, die unsrigen schützen“, weshalb es kaum überrascht, dass diese Einrichtung in die ausgedehnte Datensammlung verwickelt gewesen ist.

In den letzten Jahren ist das ASD teilweise aus der Versenkung aufgetaucht, um seine andere Rolle herauszustellen, nämlich beim Schutz des Kommunikationsverkehrs der australischen Regierung. Es berät auch die australische Wirtschaft, wie sie sich vor Bedrohungen der Cybersicherheit schützen kann.

Ihre wesentliche Aufgabe, nämlich die diplomatische und militärische Kommunikation der Nachbarländer ins Visier zu nehmen, bleibt indessen streng geheim.

Auf die Enthüllungen Snowdens, Australien habe seine Nachbarn von diplomatischen Vertretungen aus ausgespäht, reagierten die in den Berichten genannten Länder erwartungsgemäß mit Empörung – obwohl Journalisten und Fachleute Details dieser Aktivitäten bereits seit den 1980er Jahren allmählich ans Licht brachten. Nach Aussage von Professor Ball sei bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine diplomatische Spionageoperation unter dem Codenamen Reprieve durchgeführt worden, bei der örtliche, per Richtfunk übertragene Telefongespräche abgehört wurden.

1988 tauchten erstmals Einzelheiten über ein weiteres, raffinierteres globales Lauschsystem namens Echelon auf, das den UKUSA-Partnerstaaten, darunter Australien, globalen Zugriff auf die satellitengestützte Kommunikation und den Telefonverkehr verschaffte.

1995 deckten ABC und der *Sydney Morning Herald* eine [höchst raffinierte gemeinsame amerikanisch-australische Operation zur Verwanzung der neu errichteten chinesischen Botschaft in Canberra](#) auf. Diese Mission war so heikel, dass die australische Regierung vor der Veröffentlichung – und trotz der verbreiteten Kenntnis davon in diplomatischen Kreisen – versuchte, die Bekanntmachung dieser Operation durch die Medien zu unterbinden, wenn auch vergeblich.

Wie hat man in der Region auf die Snowden-Enthüllungen reagiert?

Premierminister Tony Abbott wollte sich auf die jüngsten Enthüllungen über das Abhören des indonesischen Präsidenten durch das ASD nicht weiter einlassen und sagte vor dem australischen Parlament, dass alle Regierungen Erkenntnisse sammelten und Australien die Informationen lediglich verwende, um Verbündeten zu helfen.

Präsident Yudhoyono indessen reagierte prompt: Er berief den indonesischen Botschafter aus Australien zurück und veröffentlichte eine Reihe scharf formulierter Tweets, in denen er den USA und Australien vorwarf, „die strategische Partnerschaft mit Indonesien zu verletzen“.

Nach Aussage des ehemaligen australischen Diplomaten Bruce Haigh bedeutet die öffentliche Aufdeckung der australischen Abhöraktion einen Gesichtsverlust für Indonesien.

Er sagt aber auch, dass die australischen Beziehungen zu Indonesien recht gefestigt sind und die Enthüllungen „überleben werden“.

Der frühere Auswerter des militärischen Geheimdienstes und heutige unabhängige Abgeordnete des australischen Parlaments, Andrew Wilkie, sagt: „Wir müssen hier realistisch sein“.

„Die Auslandsgeheimdienste Australiens und eigentlich fast jedes anderen Landes der Welt führen Operationen zur Erkenntnisgewinnung durch, die gegen ausländische Ziele gerichtet sind. In einer perfekten Welt würde das nicht passieren, es wäre nicht nötig, es würde nicht fortgesetzt. Aber dies ist keine perfekte Welt, und es muss passieren und es passiert auch.“

Als Reaktion auf die früheren Enthüllungen, Australien hätte seine Botschaften für die Fernmelde- bzw. elektronische Aufklärung genutzt, berief Malaysia den australischen Botschafter ein, um seinen Unmut über die angeblichen Vorgänge zum Ausdruck zu bringen, während China ausländische Botschaftsmitarbeiter öffentlich warnte, dass die Durchführung von Überwachungstätigkeiten illegal sei.

Seit den Bombenanschlägen auf Bali haben Australien und Indonesien bei der Terrorismusbekämpfung in der Region zunehmend Erkenntnisse ausgetauscht, doch nachdem ihm die australische bzw. US-Regierung Antworten schuldig blieben, signalisierte Außenminister Natalegawa, dass dieser Informationsaustausch vor dem Hintergrund des Skandals überdacht werde.

Die australische Außenministerin Julie Bishop wollte bislang zu den Vorwürfen nicht Stellung nehmen und führte an, sie werde Geheimdienstangelegenheiten nicht öffentlich diskutieren, jedoch überschatteten diese Vorwürfe ihre Reise nach Indonesien zum Demokratieforum auf Bali.

Wo liegt beim Abhören das Problem? Ist das nicht die Aufgabe von Spionen?

Trotz der lautstarken Proteste von Regierungen aus aller Welt dürften die Inhalte der Snowden-Enthüllungen Regierungschefs und politische Entscheidungsträger nur schwerlich überrascht haben.

Großenteils sind die Reaktionen auf die Peinlichkeit zurückzuführen, die die Bekanntmachung der Spähaktionen hervorrief – wobei Politiker wie Frau Merkel wohl etwas stärker reagierten, um die heimische Öffentlichkeit zu beschwichtigen.

Der frühere mexikanische Präsident Vicente Fox, nunmehr frei von Amtszwängen, bot vielleicht eine ehrlichere Antwort zu den Konsequenzen der Vorwürfe, als er sagte, er sei „selbstverständlich“ ausgespäht worden, als er an der Macht war.

„Es ist nichts Neues, dass in jeder Regierung der Welt Spionage stattfindet, auch in Mexiko. Ich verstehe den Skandal nicht“, so Fox gegenüber einem spanischen Radiosender.

Allerdings wirft der Umfang der gesammelten Daten, sowohl über US-Bürger als auch international, ernste Fragen darüber auf, ob den neuen Gegebenheiten des Informationszeitalters nicht begegnet werden muss.

Die Menge der registrierten Informationen über Einzelpersonen ist größer und kann mehr Schaden anrichten als jemals zuvor, und die Beschränkungen hinsichtlich des Umfangs, die zuvor einer Massenüberwachung im Wege standen, sind technologiebedingt entfallen.

Zum ersten Mal existieren Werkzeuge, um die große Fülle der gesammelten Informationen zu verstehen und diese Informationen einer bestimmten Person zuzuordnen.

Für die Australier hat dies wohl auch Auswirkungen über das NSA-Programm hinaus. Professor Ball geht nach eigenen Worten davon aus, dass das ASD ähnliche Informationen über australische Bürger sammelt.

Warum machte Indonesien so ein Drama aus der Botschaftsgeschichte?

Sam Roggeveen, der beim Lowy Institute das Onlinemagazin *The Interpreter* herausgibt und früher als Auswerter für den australischen Geheimdienst arbeitete, äußert sich dazu, warum Indonesien seiner Meinung nach so reagiert hat:

„Letzte Woche war ich zugegebenermaßen ein wenig verwundert, warum die indonesische Regierung beschlossen hat, um eine nebensächliche Schlagzeile der australischen Medien über elektronische Lauschaktionen durch diplomatische Vertretungen Australiens so ein Drama zu machen.

Indonesien hat die Situation seitdem eigentlich nur verschärft, als etwa Außenminister Natalegawa sagte, der Streit könne die Zusammenarbeit beim Menschenhandel gefährden, und einige indonesische Abgeordnete die Gelegenheit nutzten, um Unheil zu stiften.

Wenn man bedenkt, dass die Art Geheimdiensttätigkeit, wie sie in der ursprünglichen Fairfax-Meldung beschrieben wird, allgemein bekannt ist, warum macht Indonesien dann so einen Wirbel?

Ein kurzer Überblick über die verschiedenen Theorien, über die entweder in den Medien berichtet wurde oder von denen ich privat gehört habe:

1. Australien aufweichen. Diese Theorie stellte der frühere geschäftsführende Direktor des Lowy Institute, Michael Wesley, in *The Guardian* auf:

„Natalegawa, der in Australien studierte, hat sicher hin und wieder ein australisches Rugbyspiel gesehen. Er weiß, dass die ersten zehn Minuten des Spiels als 'Aufweichphase' bekannt sind – eine Demonstration erbitterten Körpereinsatzes, bei der jede Seite versucht, die Moral des Gegners möglichst zu schwächen. Aktuell gibt es eine neue Regierung in Canberra, und die benachbarten Regierungen können durchaus darauf aus sein, ihr Stehvermögen zu testen. Der eine oder andere diplomatische Kinnhaken kann mehr Aufschluss darüber geben, was von einer neuen Regierung zu erwarten ist, als jahrelange artige Cocktailgespräche.“

2. Der indonesische Präsident ist verstimmt. Nach dieser Theorie erfolgt alles, auch wenn Natalegawa die Angelegenheit managt, auf direkte Anweisung des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, wiewohl seine Beweggründe unklar sind.

3. Natalegawa möchte bei seinem Chef etwas gutmachen. Nach dieser Theorie missfiel Yudhoyono, dass Natalegawa ein Durchsickern des Protokolls seines Treffens mit Frau Bishop in New York zuließ (es war das Durchsickern, das ihn verärgerte, nicht die Schädigung des Verhältnisses zu Australien). Natalegawa nutzte die Spionageangelegenheit, um auf diese Weise staatsmännisch zu erscheinen und bei Yudhoyono wieder ein Stein im Brett zu haben.

4. Die heimische Öffentlichkeit. Wie der Leser Neil Watson letzte Woche bemerkte: „Wir können damit rechnen, dass es im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen nächstes Jahr noch mehr davon gibt. Ich schätze, Yudhoyono will auch den Xenophoben im Parlament und einigen Think-Tanks zuvor kommen, die energische Maßnahmen fordern werden. Außerdem ist das eine Ablenkung von den Korruptionsvorwürfen um die Demokratische Partei.“

5. Das koloniale Erbe. Ian Brownlie argumentierte in seinem Leserkommentar Anfang dieser Woche wie folgt: „Ausschlaggebend im Falle Indonesiens ist, dass das Land sich automatisch als Opfer der Ausbeutung durch reichere, stärkere Ausländer sieht, die unbewusst oder bewusst als neokolonialistische Eindringlinge wahrgenommen werden. Für die Deutschen mag Spionage etwas sein, was sie selbst tun; für Indonesier kann es nur etwas sein, was die anderen ihnen antun.“

6. Indonesien ist sauer auf Australien. Nicht auszuschließen ist letztlich auch, dass Indonesien ziemlich verärgert über Australien ist. Zu wissen, dass Spionage stattfindet, ist eine Sache; aber mit konkreten Fakten konfrontiert zu werden, dass Ausländer einen in der eigenen Hauptstadt ausspionieren, ist etwas anderes.“

Diese Einschätzung von Sam Roggeveen erschien erstmals auf der [Website des Interpreter des Lowy Institute](#). Quelle: Tim Leslie/Mark Corcoran: Explained: Australia's involvement with the NSA, the US spy agency at heart of global scandal, ABC News, 19.11.2013. <http://www.abc.net.au/news/2013-11-08/australian-nsa-involvement-explained/5079786> (10.5.2015)

Dokument 6:Überwachung**Aufgedeckt: Australische Spionagebehörde bot Weitergabe von Daten über normale Bürger an**

- Geheimes Five-Eyes-Dokument zeigt, dass die Überwachungspartner darüber beraten, welche Informationen über ihre Bürger sie gemeinsam nutzen können
- Das DSD gab an, es könne Material ohne die in anderen Ländern wie etwa Kanada geltenden datenschutzrechtlichen Einschränkungen bereitstellen
- Medizinische, rechtliche oder religiöse Informationen „nicht automatisch beschränkt“
- Bedenken, der Geheimdienst könne „außerhalb seines gesetzlichen Auftrags“ tätig sein

Ewen MacAskill, James Ball und Katharine Murphy, The Guardian Australia

Montag, 2. Dezember 2013 11:20 Uhr AEDT Zuletzt geändert am Dienstag, 3. Dezember 2013 11:30 Uhr AEDT

Australiens Überwachungsbehörde bot an, über normale australische Bürger gesammelte Informationen mit ihren wichtigsten Geheimdienstpartnern auszutauschen, so ein geheimes Dokument aus dem Jahr 2008, das vom US-Whistleblower Edward Snowden offengelegt wurde.

Das Dokument zeigt, wie die Partner darüber beraten, ob „medizinische, rechtliche oder religiöse Informationen“ ausgetauscht werden sollen oder nicht, und lässt verstärkt die Sorge aufkommen, dass die Behörde außerhalb ihres gesetzlichen Auftrags tätig sein könnte, so der Menschenrechtsanwalt und Kronanwalt Geoffrey Robertson.

Die australische Geheimdienstbehörde, damals noch mit dem Namen Defence Signals Directorate (DSD), gab an, sie könne Massendaten ohne die in anderen Ländern wie etwa Kanada geltenden datenschutzrechtlichen Einschränkungen weitergeben.

„Das DSD kann nicht-selektierte, nicht-minimierte Massen-Metadaten weitergeben, solange nicht die Absicht besteht, australische Staatsbürger ins Visier zu nehmen“, heißt es in den Aufzeichnungen einer Geheimdienstkonferenz. „Eine unbeabsichtigte Erfassung wird nicht als ernsthaftes Problem betrachtet.“

Die Behörde räumte ein, dass für eine weitergehende Abfrage des Materials allerdings eine richterliche Genehmigung erforderlich sei.

4. **CSEC** are able to make use of unselected (comment: do we need to define "selected" and "unselected" and "unintentional" in the context of this section. As I

Derived From: NSA/CSSM 1-52

Dated: 20070108

Declassify On: 20320108

SECRET//20320108

SECRET//20320108

<File Reference number>

(recall, it was important that we all understand what we mean by such terms) metadata for developing their capability. However, bulk, unselected metadata presents too high a risk to share with second parties at this time, because of the requirement to ensure that the identities of Canadians or persons in Canada are minimised, but re-evaluation of this stance is ongoing .

5. **DSD** can share bulk, unselected, un-minimised metadata as long as there is no intent to target an Australian national – unintentional collection is not viewed as a significant issue. However, if a 'pattern of life' search detects an Australian then there would be a need to contact DSD and ask them to obtain a ministerial warrant to continue.

Übersetzung des Auszugs, sofern nicht Bestandteil des laufenden Textes: „**GEHEIM//20320108**, Quelle: NSA/CSSM 1-52, Datum: 20070108, Freigabe am: 20320108 4. Das CSEC (Communications Security Establishment Canada) ist in der Lage, nicht-selektierte (Kommentar: Vielleicht müssen wir ‚selektiert‘ und ‚nicht-selektiert‘ und ‚unbeabsichtigt‘ im Zusammenhang mit diesem Abschnitt definieren. Soweit ich mich erinnere, war es wichtig, dass wir alle verstehen, was wir mit solchen Begriffen meinen) Metadaten zur Verbesserung seiner Fähigkeiten zu nutzen (...).“

Metadaten sind die Informationen, die wir alle erzeugen, wenn wir Technologie nutzen, von Datum und Uhrzeit eines Telefongesprächs bis hin zum Ort, von dem aus eine E-Mail abgesendet wird.

„Nicht-selektierte, nicht-minimierte Massen-Metadaten“ bedeutet, dass sich diese Daten in ihrem Rohzustand befinden und nichts gelöscht oder bearbeitet wurde, um die Privatsphäre normaler Bürger zu schützen, die womöglich mit ins Netz geraten sind. Metadaten können ein sehr umfassendes Bild vom Leben einer Person vermitteln.

Das als geheim eingestufte Arbeitsdokument gibt neuen Aufschluss darüber, in welchem Maße die Geheimdienste damals erwogen, Informationen mit ausländischen Überwachungspartnern auszutauschen, und liefert eine weitere Bestätigung dafür, dass zumindest teilweise personenbezogene Metadaten von Australiern ohne entsprechende Genehmigung erfasst wurden.

Das DSD war mit dabei, als seine vier Partner, mit denen es Erkenntnisse austauscht – die USA, Großbritannien, Kanada und Neuseeland, zusammen bekannt als Five-Eyes –, bei einem vom britischen [GCHQ](#) an seinem Hauptsitz in Cheltenham am 22. und 23. April 2008 ausgerichteten Treffen darüber berieten, was nach den jeweiligen Rechtsordnungen weitergegeben werden dürfe und was nicht.

Die Aufzeichnungen, die heute von *The Guardian Australia* veröffentlicht wurden, legen nahe, dass Australien bereit war, Massendaten gemeinsam zu nutzen, die so gut wie sicher Informationen über australische Bürger enthalten.

Dass bei den Geheimdienstpartnern unterschiedliche Auffassungen bestehen, zeigte sich deutlich daran, dass die Kanadier darauf bestanden, dass gesammelte Massendaten nur dann ausgetauscht werden könnten, wenn die Informationen über ihre Bürger zunächst „minimiert“, d. h. gelöscht oder entfernt würden. Durch die verschiedenen zur „Minimierung“ verwendeten Verfahren wird die Privatsphäre der Bürger besser geschützt.

Der Protokollant des GCHQ vermerkt dazu: „Die Weitergabe nicht-selektierter Massen-Metadaten stellt derzeit ein zu hohes Risiko dar, weil sichergestellt werden muss, dass die Identitäten von Kanadiern oder Personen in Kanada minimiert werden; eine Überprüfung dieses Standpunkts ist jedoch im Gange“.

Das DSD dagegen, das mittlerweile in Australian Signals Directorate umbenannt wurde, offerierte seinen Partnern eine breitere Palette an Material.

Es bot an, nicht-selektierte, nicht-minimierte Massen-Metadaten weiterzugeben – wenngleich unter einigen Vorbehalten. Der Protokollant der Sitzung schreibt dazu: „Wird bei einer 'Verhaltensmuster'-Analyse allerdings ein Australier erfasst, müsste das DSD kontaktiert und um Einholung einer ministeriellen Genehmigung gebeten werden, um fortfahren zu dürfen.“

Eine Analyse des Verhaltensmusters („pattern of life“) ist nämlich detaillierter – dort werden alle Puzzlestücke zusammengefügt, um vom Tagesablauf einer Person ein Bild zu erhalten.

Es ist technisch möglich, die Metadaten australischer Staatsbürger bei den von den Five-Eyes-Ländern verwendeten Methoden der Massenerfassung wie dem Anzapfen von Leitungen zu entfernen – etwa dafür zu sorgen, dass die Informationen nicht gespeichert werden und so bei Fahndungen und Ermittlungen der Beamten nicht herangezogen werden können.

Die Snowden-Dokumente zeigen, dass die australischen Geheimdienste stattdessen anboten, die Daten in ihrem Rohzustand zu belassen.

Australische Politiker haben stets betont, dass die durchgeführte Überwachung in jedem Fall mit dem Gesetz in Einklang steht.

Doch Geoffrey Robertson schreibt heute in *The Guardian*, dass die in der Notiz beschriebenen Dinge, sollten sie wirklich stattgefunden haben, eine Verletzung von Abschnitt 8 und 12 des Intelligence Services Act 2001 darstellen würden. Nach diesem Gesetz ist unbedingt eine ministerielle Genehmigung erforderlich, wenn Daten eines australischen Bürgers betroffen sind; außerdem muss dieser Bürger eine „Person von besonderem Interesse“ darstellen, also beispielsweise an Terrorismus oder organisierter Kriminalität beteiligt sein.

Bei dem Treffen in Cheltenham, das offenbar einberufen wurde, um sich über Fragen im Zusammenhang mit der ausufernden Gewinnung von Metadaten Gedanken zu machen und sich auf gemeinsame Standpunkte zu einigen, wurde beschlossen, auf eine vorsorgliche Kategorisierung der verschiedenen Materialien zu verzichten und sich „einfach darauf zu konzentrieren, was en bloc ausgetauscht werden kann“.

In der Notiz werden zwar Datenschutzprobleme bei der Erfassung verschiedener Arten von Daten angesprochen, doch wurde bei dem Treffen – so das Protokoll – beschlossen, keine „automatischen Beschränkungen“ festzulegen, was den Behörden der jeweiligen Länder entsprechend Ermessensspielraum gibt.

„Es wurde geprüft, ob bestimmte Arten von Daten unzulässig waren, beispielsweise Informationen medizinischer, rechtlicher und religiöser Art oder vertrauliche Unternehmensdaten, da sie als Eingriff in die Privatsphäre betrachtet werden könnten“, so die Notiz.

„Da viele dieser Datentypen gerade erst aufkommen, gibt es keine oder nur bedingt Präzedenzfälle in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit oder Angemessenheit, oder etwa zu der Frage, ob hinsichtlich des ‚Eigentums‘ der Daten andere rechtliche Erwägungen zum Tragen kommen als bei den Verbindungsdaten, an deren Handhabung wir eher gewöhnt waren.“

„Es wurde vereinbart, dass bei der Konferenz keine „automatischen Beschränkungen“ festgelegt werden sollten, dass jedoch schwierige Fälle dieser Art von der Behörde, die ‚Eigentümerin‘ ist, von Fall zu Fall zu prüfen seien.“

12. Consideration was given as to whether any types of data were prohibited, for example medical, legal, religious or restricted business information, which may be regarded as an intrusion of privacy. Given the nascent state of many of these data types then no, or limited, precedents have been set with respect to proportionality or propriety, or whether different legal considerations applies to the "ownership" of this data compared with the communications data that we were more accustomed to handle. It was agreed that the conference should not seek to set any automatic limitations, but any such difficult cases would have to be considered by "owning" agency on a case-by-case basis.

Das Dokument zeigt auch, dass die Behörden eine Offenlegung gegenüber „nicht-nachrichtendienstlichen Behörden“ erwägen. So heißt es: „ASIO und die Australische Bundespolizei prüfen

derzeit, wie durch Fernmelde- und elektronische Aufklärung gewonnene Informationen (SIGINT) durch nicht-nachrichtendienstliche Behörden genutzt werden können.“

48. DSD do not share SIGINT metadata outside COMINT channels as there is no expectation on them to do so. There is pressure to provide survey work to the military, and in future DSD may be required to release SRI at non-codeword levels. ASIO and Australian Federal Police are currently reviewing how SIGINT information can be used by non-intelligence agencies.

Übersetzung des Auszugs, sofern nicht Bestandteil des laufenden Textes: „Das DSD gibt SIGINT-Metadaten nicht an Stellen außerhalb der Fernmeldeaufklärung (COMINT) weiter, da dies von der Behörde nicht erwartet wird. Es wird darauf gedrängt, Erfassungsmaterial dem Militär bereitzustellen, und in Zukunft könnte vom DSD verlangt werden, signalbezogene Information (Signal Related Information – SRI) auf Nicht-Codewort-Ebenen offenzulegen (...).“

Aus dem Protokoll des Treffens in Cheltenham geht nicht hervor, ob die im April 2008 diskutierten Fragen zur Entscheidungsreife gelangt oder in konkrete Maßnahmen gemündet sind. Dem Anschein nach handelt es sich um einen Arbeitsentwurf.

Nachdem Snowden im Mai die [NSA](#)-Dokumente dem *Guardian* und der *Washington Post* zu spielte, ist eine weltweite Kontroverse darüber entbrannt, dass den Enthüllungen zufolge die Überwachungsbehörden massenhaft Informationen über die alltäglichen Aktivitäten normaler Bürger sammeln, ohne sich zuvor eine Genehmigung besorgt zu haben.

In Australien haben sich die Partei der Grünen und der unabhängige Senator Nick Xenophon aus South Australia mit der Frage befasst, inwieweit australische Bürger mit ins Netz geraten sind und inwieweit die australischen Geheimdienstbehörden darin verwickelt sind.

Bislang hat die Regierung, sowohl unter Führung der Labor-Partei als auch unter dem neuen Premierminister Abbott, Fragen dieser Art weitgehend abgeblockt.

Quelle: Ewen MacAskill/James Ball/Katharine Murphy: Revealed: Australian spy agency offered to share data about ordinary citizens, *The Guardian*, 2.12.2013. <http://www.theguardian.com/world/2013/dec/02/revealed-australian-spy-agency-offered-to-share-data-about-ordinary-citizens> (21.5.2015)

Dokument 7:**George Brandis in missglücktem Interview über umstrittene Vorratsdatenspeicherung**

Sydney Morning Herald, 7. August 2014 [Ben Grubb](#) Technologie-Redakteur

Attorney-General George Brandis tut sich schwer, die von der Regierung vorgeschlagenen Gesetze zur Vorratsspeicherung von Metadaten in einem TV-Interview von Sky News zu erläutern.

Bezeichnet wurde es als „unerträglich“ und als „das peinlichste Interview, dass Sie wohl jemals zu sehen bekommen“.

Attorney-General George Brandis tat sich am Mittwochnachmittag schwer, [live auf Sky News](#) Einzelheiten der umstrittenen Datenspeicherungspolitik seiner Regierung zu erläutern, nach der alle Telekommunikationsbetreiber gezwungen wären, Protokolle darüber, was ihre Kunden am Telefon und im Internet tun, bis zu zwei Jahre lang aufzubewahren, damit die Strafverfolgungsbehörden bei Ermittlungen auch ohne richterliche Genehmigung auf diese Informationen zugreifen können.

Nur Stunden zuvor [sagte Premierminister Tony Abbott, dadurch erfasse man „die Websites, die Sie besuchen“](#). Sein Büro stellte später jedoch klar, dass dies nicht der Fall sei und dass dafür eine richterliche Genehmigung erforderlich sei.

Nun sorgte Senator Brandis erneut für Verwirrung, als er Sky News erzählte, dass nach seinem Vorschlag zur Stärkung der Befugnisse von Strafverfolgungs- und Geheimdienstbehörden die Internet-Adressen erfasst würden.

Auf wiederholte Nachfragen, ob die von den Nutzern besuchten Websites erfasst würden, räumte er ein, dass dies zutreffe, widersprach sich aber dann wieder selbst, als er sagte, dass sich diese Maßnahmen nicht auf das Surfen im Internet erstreckten.

Dann versuchte er dies klarzustellen und sagte, dass die Websites, die man besuche, zwar erfasst würden, nicht jedoch die einzelnen Webseiten, die man innerhalb einer Website aufrufe.

Auf die Frage, ob Metadaten von Websites wie Twitter und Facebook ebenfalls erfasst würden, sagte Senator Brandis, dass der Umfang, in dem Social Media betroffen seien, „derzeit noch geprüft“ werde.

Twitter-Nutzer machten sich prompt über das Interview lustig.

„Was für ein herrlich verunglücktes Interview“, [schrieb jemand](#).

„Brandis hat keine Ahnung, was er zur Datenspeicherung erzählt“, [sagte jemand anderes](#).

„Völlig missglücktes Interview mit Brandis und @David_Speers [auf] @SkyNewsAust, wo er versucht, Metadaten zu erklären“, [meint ein weiterer Nutzer](#).

Steve Dalby, Regulierungsbeauftragter beim Internet-Anbieter iiNet, der gegen die von der Regierung vorgeschlagene Vorratsdatenspeicherung ist, [nannte das Interview](#) „klar wie Kloßbrühe“.

Er forderte die Regierung auf, genau darzulegen, auf welche Daten sie es nach der geplanten Vorratsdatenspeicherung absehe, bevor diese im Jahresverlauf gesetzlich in Kraft tritt.

Die Regierung hatte nicht ihren besten Tag, als sie am Mittwoch ihren Vorschlag schmackhaft machen wollte und sich bei der Erläuterung des Sachverhalts in widersprüchliche Aussagen und schiefe Metaphern verstrickte.

Als er beschrieb, dass „Internet-Adressen“ erfasst würden, wollte Senator Brandis möglicherweise sagen, dass die IP-Adressen von Webservern, auf die zugegriffen wird, gespeichert würden.

Wenn ein Internetnutzer beispielsweise Google aufruft, lautet die als Metainformation hinterlassene IP-Adresse 74.125.237.198. Beim Besuch von Sky News lautet sie 101.167.166.43.

Würde nun eine Strafverfolgungsbehörde auf diese Metainformation in Form der IP-Adresse zugreifen und sie in einen Browser eingeben, wäre sie in der Lage herauszufinden, dass der Nutzer bei Google oder Sky war.

Die Beamten der Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste könnten dann außerdem herauszufinden, wie viel Zeit ein Nutzer auf diesen Websites verbracht hat, an welchem Tag er sie besucht hat und wo sich das Gerät befand, von dem aus die Website aufgerufen wurde.

Das Gleiche gilt für einige andere Websites, jedoch nicht für alle. So kann in vielen kleineren Webhosting-Umgebungen eine einzige IP-Adresse hunderte völlig unterschiedliche und voneinander unabhängige Websites bedienen. Das bedeutet, dass eine IP nicht als vollständige Surfchronik angesehen werden kann.

Dalby erklärte gegenüber Fairfax Media am Mittwochabend, dass das Speichern von IP-Adressen dem Speichern einer Surfchronik sehr nahe käme.

„[Die Strafverfolgungsbehörden] müssen nur die verdammte IP-Adresse [in einen Browser] eingeben und schon haben sie die Website [die man besucht hat und] und die ganzen Inhalte der Website“, so Dalby.

„Das ist ein genauso großer Eingriff, wie mir mit einer Videokamera beim Surfen über die Schulter zu schauen, und genau das wollen sie natürlich“, so Dalby weiter.

Der von Abbott vor kurzem ernannte Menschenrechtskommissar Tim Wilson ist ebenfalls gegen die Vorratsdatenspeicherung, ebenso eine Reihe weiterer Bürgerrechtsgruppen.

„Von der Vorratsdatenspeicherung halte ich zwar gar nichts, aber ich sehe ein, dass sich steuern lässt, wie weit damit in die Privatsphäre der Menschen eingedrungen wird“, so Wilson gegenüber Fairfax.

Das Interview mit Senator Brandis erinnert an ein Interview, das der damals in der Opposition befindliche Tony Abbott gab, als er [versuchte, die Breitbandstrategie zu erläutern, mit der er bei den Wahlen 2010 antreten wollte](#).

Er sagte damals, er sei „kein Bill Gates“ und „kein Technikfreak“.

7. August 2014, 8:03 Uhr *Copyright © 2015 Fairfax Media* Quelle: Ben Grubb: George Brandis in 'car crash' interview over controversial data retention regime, Sydney Morning Herald, 7.8.2014. <http://www.smh.com.au/digital-life/digital-life-news/george-brandis-in-car-crash-interview-over-controversial-data-retention-regime-20140806-101849.html> (10.5.2015)

Dokument 8:**Neue Sicherheitsgesetze: Journalisten droht Gefängnis bei Späh-Enthüllungen**

Die neuen Spionagegesetze von George Brandis sehen unter anderem vor, die Berichterstattung über Enthüllungen im Stile Snowdens unter Strafe zu stellen

[Paul Farrell](#) und [Daniel Hurst](#)

Mittwoch, 16. Juli 2014 21:55 Uhr AEST Zuletzt geändert am Donnerstag, 17. Juli 2014 09:45 Uhr AEST

Australischen Journalisten könnten eine strafrechtliche Verfolgung und Gefängnis drohen, wenn sie über Enthüllungen im Stile Snowdens zu bestimmten Spähoperationen berichten, was eine „unerhörte“ Ausweitung der staatlichen Befugnisse im Bereich der nationalen Sicherheit darstelle, warnten führende Strafrechtler.

Nach einem [Gesetzentwurf](#), der am Mittwoch vom Attorney-General George Brandis dem Parlament vorgelegt wurde, würden die Befugnisse der Australian Security Intelligence Organisation (ASIO) erweitert und dabei ein neuer Straftatbestand geschaffen, wonach „jede Person“, die Informationen zu „nachrichtendienstlichen Sonderoperationen“ offenlege, mit fünf Jahren Haft bestraft werden kann.

Einer solchen Person würden sogar zehn Jahre Haft drohen, wenn die Enthüllung „die Gesundheit oder Sicherheit irgendeiner Person gefährden oder die erfolgreiche Durchführung einer nachrichtendienstlichen Sonderoperation beeinträchtigen“ würde.

Bei diesen so genannten „special intelligence operations“ handelt es sich um eine neue Art von Operationen, bei denen Geheimdienstmitarbeiter weder haftbar gemacht noch strafrechtlich belangt werden können, wenn sie Handlungen vornehmen müssen, die ansonsten rechtswidrig wären.

Der Gesetzentwurf schafft außerdem neue Straftatbestände, die nur für derzeitige und frühere Mitarbeiter und Vertragspartner von Geheimdiensten gelten, womit offenbar gezielt der Gefahr begegnet werden soll, dass nach den Enthüllungen des [Whistleblowers der amerikanischen National Security Agency, Edward Snowden](#) – den Brandis zuvor als „Verräter“ bezeichnet hatte –, weitere Dokumente an die Öffentlichkeit gelangen.

Am Donnerstag trat Brandis Behauptungen entgegen, er würde es speziell auf Journalisten absehen, die lediglich Informationen wiedergäben.

„Nein, das tun wir nicht, und ich glaube, es hat zu dieser Bestimmung ein paar irreführende Kommentare gegeben“, erklärte Brandis gegenüber ABC.

„Was erreicht werden soll, ist eine Lücke in der bestehenden Gesetzgebung zu schließen. Nach der bestehenden Gesetzeslage stellt es eine Straftat dar, wenn ein Beamter einer nationalen Sicherheitsbehörde nachrichtendienstliches Material Dritten gegenüber offenlegt; es ist jedoch keine Straftat, wenn ein Beamter dieses Material kopiert oder unrechtmäßig entfernt.

Mit anderen Worten, der Austausch mit Dritten ist Bestandteil des geltenden Straftatbestands, aber wir denken, dass es auch falsch und strafbar sein sollte, nachrichtendienstliches Material unerlaubt aus einer Behörde zu entfernen. Allein darum geht es.“

Der führende Strafrechtler und Sprecher der Australian Lawyers Alliance, Greg Barns, sagte allerdings, dass eine Einzelbestimmung des „besorgniserregenden“ Gesetzes herangezogen werden könnte, um Journalisten zu verfolgen und zu inhaftieren, die über Informationen berichteten, welche sie über besondere nachrichtendienstliche Operationen erhalten hätten.

Beschrieben werden die Delikte in Bezug auf die unerlaubte Offenlegung von Informationen in Abschnitt 35P des Entwurfs zur Änderung der Gesetze zur nationalen Sicherheit (National Security Legislation Amendment Bill), der am Mittwoch dem Senat vorgelegt wurde und nach der Winterpause im Parlament zur Beratung ansteht.

In der [Begründung zum Gesetzentwurf](#) heißt es, der Straftatbestand gelte für „Offenlegungen durch eine jede Person, einschließlich von Beteiligten an einer nachrichtendienstlichen Sonderoperation, weitere Personen, denen Informationen über eine nachrichtendienstliche Sonderoperation offiziell zur Kenntnis gebracht wurden, und Personen, die Empfänger unbefugt offengelegter Informationen sind, sollten sie eine weitergehende Offenlegung vornehmen“.

Barns sagte: „Ich dachte, die Snowden-Klausel [im Gesetzentwurf] sei schlimm genug, aber hier wird die Snowden-Klausel genommen und daraus eine Snowden/Assange/Guardian/New York Times-Klausel gemacht.

Es ist eine bislang beispiellose Klausel, die Publikationen wie Wikileaks, *The Guardian*, *The New York Times* und jedes andere Medienunternehmen, das über solches Material berichtet, erfassen würde.“

Nach Aussage von Barns, der sich bereits mit Terrorismusfällen befasst und auch Wikileaks beraten hat, könnte ASIO viele künftige Fälle heimlich zu „nachrichtendienstlichen Sonderoperationen“ erklären. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, gegen Journalisten vorzugehen, die Aspekte dieser Operationen dann aufdecken und darüber berichten.

Für ASIO sei es demnach leicht, bestimmte Tätigkeiten zu derartigen Sonderoperationen zu erklären, da hierzu lediglich die Zustimmung des Generaldirektors für Sicherheit oder des stellvertretenden Generaldirektors erforderlich sei.

„Ihr eigener Chef sagt 'Wir nennen das hier mal besser eine Sonderoperation, oder?' 'Jawohl'. Ende der Diskussion. Je mehr man darüber spricht, desto ungeheuerlicher wird das Ganze“, so Barns.

Barns zufolge könnten gerade die Operationen, bei denen ASIO-Beamte gegen das Gesetz verstoßen, von der Gesellschaft als Machtmissbrauch angesehen werden. Seiner Ansicht nach wolle

Brandis Befugnisse, die dem Staat in Großbritannien und den USA, wo die Meinungsfreiheit der Bürger besser geschützt sei, nicht zur Verfügung stehen.

„In Australien fehlt uns dieser grundlegende Schutz der Menschenrechte, und deshalb kann Brandis ungeniert eine Klausel in einen Gesetzentwurf aufnehmen, die in Großbritannien oder den USA nicht denkbar wäre“, so Barns.

„Es ist diese Art von Klausel, die man in Russland oder China und in anderen autoritären Staaten erwarten würde, jedoch nicht in einer Demokratie. Ich hoffe, der Senat lehnt sie ab, denn damit ginge das Gesetz weiter als in Rechtsordnungen, die mit Australien vergleichbar sind.“

Nach Aussage des führenden Strafrechtlers Shane Prince seien die neuen Strafen im Zusammenhang mit den Sonderoperationen „ziemlich drakonisch“.

„Die fünfjährige Strafe könnte wohl selbst dann anwendbar sein, wenn der Betroffene keine Ahnung von der nachrichtendienstlichen Sonderoperation hatte und Informationen veröffentlicht, die zufällig Teil der Sonderoperation waren oder sich auf diese bezogen,“ so Prince.

„Hinzu kommt noch die Tatsache, dass man bei einem Prozess wahrscheinlich gar nicht erfahren würde, worum es in der Sonderoperation ging, d. h. es könnte passieren, dass eine Person wegen der Offenlegung von Informationen, die sich angeblich auf eine nachrichtendienstliche Sonderoperation beziehen, vor Gericht steht, selbst wenn sie nicht wusste, dass sich die Informationen auf eine nachrichtendienstliche Sonderoperation bezogen, und es während ihres Verfahrens auch nie erfahren würde.“

Der Grünen-Senator Scott Ludlam sagte, mit dem neuen Straftatbestand könnte die Arbeit von Journalisten kriminalisiert werden. „Ich sehe nicht, wie hier irgendwelche Einschränkungen gelten oder Enthüllungen, die im öffentlichen Interesse sind, ausgenommen werden. Ich kann nicht erkennen, wie Journalisten hier irgendwie geschützt werden,“ sagte Ludlam.

Der Geschäftsführer der Organisation Electronic Frontiers Australia, Jon Lawrence, sagte seinerseits, dass die Klausel betreffend die Mitarbeiter der Sicherheitsdienste „ein klarer Versuch“ zu sein scheine, „Whistleblower abzuwürgen, um einen australischen Ed Snowden zu verhindern.“

Die Tatsache, dass sie das unter Strafe stellen, wird einen Whistleblower nicht zwangsläufig stoppen, aber ganz generell halte ich das schon für ein ziemlich extremes Vorgehen gegen Whistleblower.“

Nach den Änderungen würden private Auftragnehmer ausdrücklich unter die Definition der „nachrichtendienstlichen Mitarbeiter“ fallen, um sie strafrechtlich verfolgen zu können; es würden auch alle Personen darunter fallen, die „für die Organisationen auf der Grundlage eines Vertrags, einer Übereinkunft oder einer sonstigen Vereinbarung Aufgaben wahrnehmen oder Leistungen erbringen“.

Strafbar soll nunmehr sein, nachrichtendienstliches Material in irgendeiner Weise zu kopieren, zu transkribieren, zu speichern oder aufzuzeichnen, wofür eine Höchststrafe von drei Jahren vorgesehen ist. Der Nachweis einer Offenlegung ist für diese Strafen nicht notwendig.

Brandis sagte, diese Maßnahme schließe eine Lücke in der bestehenden Gesetzgebung, nach der es für ASIO-Beamte nicht rechtswidrig sei, unerlaubt Material zu kopieren oder aus der Behörde zu entfernen. Ihm zufolge machten sich Beamte bereits jetzt strafbar, wenn sie vertrauliche Informationen Dritten gegenüber offenlegten, was mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet würde – eine Strafe, die nun auf zehn Jahre hochgesetzt würde.

Der Präsident des Rates für bürgerliche Freiheitsrechte (Council for Civil Liberties) im Bundesstaat New South Wales, Stephen Blanks, hält die Strafen für äußerst bedenklich.

„Wenn die Dinge schiefgehen, ist totale Geheimhaltung nicht wünschenswert. Wenn etwas wirklich schiefgeht, spielen Whistleblower eine unverzichtbare Rolle bei der Gewährleistung einer guten Staatsführung. Der [Fall im Zusammenhang mit Ost-Timor](#) hat unlängst beleuchtet, wie es in Australien darum steht.“

Der Gesetzentwurf ist das erste Element der von der Regierung [geplanten Reformen auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit](#); mit weiteren Änderungen soll der Gefahr begegnet werden, die von in Syrien und im Irak kämpfenden und dann heimkehrenden Australiern ausgeht.

Der unabhängige Abgeordnete Andrew Wilkie, früher Auswerter beim Geheimdienst, sagte am Mittwoch, für Geheimdienstmitarbeiter sei es wichtig, Dinge offenlegen zu dürfen, die im öffentlichen Interesse seien. Die australischen Whistleblower-Gesetze [lassen nur wenig Spielraum](#) für die Offenlegung von Geheimdienstinformationen.

„Sie müssen flankiert werden durch einen Schutz von Geheimdienstmitarbeitern, die Material im öffentlichen Interesse kopieren und verbreiten“, so Wilkie.

Brandis verwies den Gesetzentwurf an den Gemischten Parlamentarischen Ausschuss über nachrichtendienstliche Erkenntnisse und Sicherheit (Parliamentary Joint Committee on Intelligence and Security), der bis zur Beratung des Entwurfs durch die Abgeordneten im September einen Bericht erstellen soll.

Quelle: Paul Farrell/Daniel Hurst: Journalists will face jail over spy leaks under new security laws, The Guardian, 16.7.2014. <http://www.theguardian.com/world/2014/jul/16/journalists-face-jail-leaks-security-laws> (10.5.2015)

Dokument 9:



Text der Grafik: „Bürger, nicht Verdächtige“

Unterzeichnen Sie die Petition

Die Regierung erwägt gerade radikale Änderungen an Australiens Überwachungs- und Geheimdienstgesetzen. Natürlich sollten die Behörden die notwendigen Befugnisse erhalten, um uns zu schützen, aber was gerade geplant ist, geht über das erforderliche Maß deutlich hinaus.

Polizei und Geheimdienste haben bereits jetzt weitreichende Befugnisse, um zu beantragen, dass Informationen über den Kommunikationsverkehr bestimmter Personen zur Unterstützung ihrer Ermittlungen auf Vorrat gespeichert werden.*

Die jetzigen Pläne sehen jedoch vor, dass diese Informationen für **ALLE Australier** zwei Jahre lang gespeichert werden, selbst wenn nicht gegen einen ermittelt wird.

Obwohl die ersten Erklärungsversuche der Regierung zu der Frage, was ihre Regelung zur Vorratsdatenspeicherung umfassen soll, eine Katastrophe waren, wissen wir nun, dass folgende Informationen gespeichert werden sollen:

- **Telefongespräche:** detaillierte Erfassung Ihrer aus- und eingehenden Anrufe einschließlich der beiden Nummern. Bei Mobiltelefonen wird auch der Standort des Telefons erfasst, sodass Ihr Standort und Ihre Bewegungen genau dokumentiert werden. [Dieses Beispiel verdeutlicht](#), wie entblößend diese Informationen sein können.
- **E-Mails:** detaillierte Erfassung, wem Sie E-Mails schicken und von wem Sie welche erhalten.

Sollen auch Details über die Internetnutzung erfasst werden?

[Schauen Sie, wie der Attorney-General diese Frage zu beantworten versucht.](#) Nach diesem Interview hat die Regierung klargestellt, dass sie Details über die Internetnutzung weder erfassen noch auf Vorrat speichern möchte.

Was sie aber sehr wohl möchte, ist eine Registrierung der Adresse, die Ihrer Verbindung zugewiesen wird, wenn Sie auf das Internet zugreifen (die so genannte Quell-IP-Adresse). Diese Information wird es Polizei und ASIO ermöglichen, festzustellen, wer bestimmte Websites, die für sie von Interesse sind, aufgerufen

hat. Sie wird es außerdem Inhabern von Urheberrechten per Zwangsmaßnahme („subpoena“) ermöglichen, Personen zu ermitteln, die ihrer Ansicht nach durch Downloads oder File-Sharing ihre Urheberrechte verletzen.

Doch selbst ohne Erfassung der Informationen über die Internetnutzung stellt eine obligatorische, gesellschaftsübergreifende Vorratsdatenspeicherung einen massiven Eingriff in die Privatsphäre aller Australier dar. Sie untergräbt auch den Grundsatz der Unschuldsvermutung, indem wir alle als potenzielle Verdächtige behandelt werden.

Die Einführung einer solchen Regelung ist mit erheblichen Kosten verbunden, und raten Sie mal, wer dafür aufkommt. Richtig, nämlich Sie! Einer Schätzung zufolge verteuert sich dadurch jede Internet-Rechnung um 100 Dollar pro Jahr.

Die riesigen Datenbestände mit hochsensiblen (und für organisierte Straftäter wertvollen) Informationen wären auch äußerst anfällig für Hacking-Angriffe und Missbrauch und dadurch eine echte Bedrohung für die Sicherheit vieler Australier.

Den australischen Geheimdienst- und Strafverfolgungsbehörden stehen bereits jetzt mehr als genug Befugnisse zur Verfügung, um Informationen zum Kommunikationsverkehr von „Personen von besonderem Interesse“ zu speichern. Es gibt keinen Grund dafür, diese Informationen auch für den Rest der Gesellschaft zu speichern.

Fordern Sie die australische Bundesregierung auf, ihre geplante Regelung zur obligatorischen, wahllosen Vorratsdatenspeicherung fallenzulassen und normale, gesetzestreue Australier als *Bürger, Nicht Verdächtige* zu behandeln.

*so genannte 'data preservation notices'.

SCHLAGEN SIE ALARM!

Erzählen Sie Ihren Freunden von dem Angriff auf unser Recht auf Privatsphäre.

Kopieren Sie den Link in eine Sofortnachricht, Skype oder posten sie ihn!

[Zurück zur Seite der Kampagne „Citizens, Not Suspects“](#)

Der auf dieser Seite verwendete Text und das Bild „Citizens, Not Suspects“ unterliegen dem Copyright von

Electronic Frontiers Australia Inc. und sind unter der  [Creative Commons Attribution 4.0 International Licence \(CC BY 4.0\)](#) lizenziert.

[Datenschutzbestimmungen von EFA ansehen](#)

UNTERZEICHNEN SIE DIE PETITION

Wir fordern die australische Bundesregierung auf, ihre geplante Regelung zur obligatorischen, wahllosen Vorratsdatenspeicherung fallenzulassen und normale, gesetzestreue Australier als Bürger und nicht als Verdächtige zu behandeln.

5897 Unterschriften Wir brauchen noch 4103

Quelle: Citizens Not Suspects: Online-Petition. <https://www.getup.org.au/campaigns/privacy/mandatory-data-retention-efa--2/sign-the-petition> (10.5.2015)